

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreise** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beilage monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Gr. Zingststraße 14, II. Tel. 3465.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Gr. Zingststraße 14. Tel. 1763.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Insertats** werden die 6-spaltigen Zeitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreiwöchiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdener Volkszeitung.

Nr. 143.

Dresden, Dienstag den 24. Juni 1913.

24. Jahrg.

In der Subjektionskommission wurde heute die Aufhebung der Vermögenssteuer beschlossen. Der Reichsdag hat heute beschlossen, nach den Beschlüssen der Subjektionskommission müsse ein so großes Defizit entstehen, daß die veränderten Steuern nicht mehr mitmachen könnten.

In Österreich ist eine große Anzahl Soldaten unter Verurteilungsercheinungen erkrankt.

Die Mächte bemühen sich, dem drohenden bulgarisch-serbischen Krieg durch einen verstärkten Druck auf Serbien zu verhindern.

In der französischen Kammer prangerten unsere Gewerkschaften das Treiben der Rüstungsindustriellen an.

## Die Tragödie Hauptmann.

Der Fall Hauptmann ist keine Angelegenheit Gerhart Hauptmanns oder einer literarischen Elite, die diesen Schriftsteller lediglich umarmt, sondern eine Angelegenheit der Kultur und des deutschen Volkes. Und es liegt in der Natur der Sache selbst, daß der Streit um das Verbot des Dresdener Theaters ausschließlich auf politischem Gebiete geführt wird. Es ist ihm verfallen, wenn man Momente der ästhetischen Kunst hineinzieht. Wie viel aber wie wenig dieser Dichter für das deutsche Geistesleben bedeutet, jedenfalls bedeutet er etwas, seine Widersacher aber, die mit allen Mitteln des Zensurs das Aufführungsverbot erzwingen haben, bedeuten für die geistige Kultur des deutschen Volkes nichts! Sie haben aber den Dichter nicht gefügt mit überlegenen Waffen der Kritik, sondern durch die Macht ihrer gesellschaftlichen Stellung, und sie haben sein Werk unterdrückt nicht weil sie als brennende Feinde seine literarische Wertlosigkeit behaupten, sondern weil sie fanden, daß der Verfasser nicht, wie er sollte, ihre Wünsche befolgte und ihre Interessen verteidigte. Als es handelt sich um einen Prinzipienstreit zwischen künstlerischer Freiheit und feudaler Klassenherrschaft, und in einem solchen Prinzipienstreit ist der Wert des augenblicklichen Ereignisses verhältnismäßig gleichgültig. Wir haben nicht zu fragen: Wer ist Gerhart Hauptmann und was bedeutet sein Werk? Wir fragen: Soll es einem regierenden Elan gestattet sein, aus parteipolitischen Gründen das Werk eines Dichters zu unterdrücken? Und wenn wir uns gegen diesen Terror auflehnen, so geschieht es nicht Hauptmann und der Hauptmannsberechnen, sondern der Freiheit zuliebe.

Aber dieser klare Standpunkt im politischen Streit um Gerhart Hauptmann braucht uns nicht hindern, auch die andere Seite der Sache zu sehen. Wie in den modernen Dramen die handelnde Person kein Geld im alten Sinne des Wortes ist, so ist leider auch der Mann, um den hier der Kampf geht, nicht so beschaffen, wie sich das Wort einen Neben seines geistigen Lebens vorstellt. Und dadurch wird der Fall Hauptmann zur Tragödie, zur typischen Tragödie der modernen deutschen Literatur.

Gegen den „mörderischen Stiel feiger, schleichender und schändlicher Denunzianten“ wehrt sich jetzt der Dichter in flammenden Worten. Man begreift seine lodernde Entfaltung, aber man fragt sich unwillkürlich, ob ein deutscher Dichter von heute erst an seiner eigenen Person geschädigt werden muß, bevor er die Größe des Unrechts empfindet, das heute im scheinheiligen Deutschen Reich alljährlich und allort verübt wird. Viel Schlimmeres ist geschehen, schlimmeres als das tragikomische Festspielverbot von Dresden — und wie oft haben sich die Wände jener, die für das Recht kämpfen, Hilfejähren nach den Männern gendert, die heute als die Führer des literarischen und künstlerischen Lebens gelten. Sie schweigen. Denn sie lebten ja nur der Kunst und dem Kult der eigenen Persönlichkeit, in der sie die Wüste des künstlerischen Lebens bereicherten und blühten. Sie waren zu sein für den lauten Markt der Meinungen und Hielten sich vornehm vom Getriebe der politischen Parteien ab.

Unter diesen großen Schweigern war Gerhart Hauptmann der größte. Ist er mit dieser Abwendung vom lebendigen, am erfüllten Leben der Zeit als schaffender Künstler geworden? Es gibt nicht viele, die das behaupten werden. In seinen Sturm- und Drangjahren, als er noch von der Kraft einer großen Weltanschauung getragen wurde, war er eine Stütze der deutschen Literatur. Später, als er sich auf sein rein künstlerisches Leben besann und sich in die olympischen Höhen einer nichts als ästhetischen Betrachtungsweise zurückzog, erlitten seine Schwingen. Das beweist nicht, daß ein Dichter Parteimann sein muß, um ein großer Dichter zu sein. Wohl aber darf man daraus die Lehre ziehen, daß die sittlichen Impulse, die von einer großen geistigen Bewegung ausgehen, dem schaffenden Künstler eben so sehr, wenn auch in anderer Weise, zugute kommen wie dem Geringsten im Volke.

Welche Rolle hat ein Dichter im geistigen Leben seines Volkes gespielt? Wir haben Maxim Gorki inmitten der Kämpfe um ein freies Russland gesehen, freuen uns über Bernhard Shaw, des fabelhaften Sozialisten, kritische Patrouillenritte im Lager der englisch-bürgerlichen Konvention, und huldigen der Bewunderung dem literarischen Genie Anatole France, der jüngst den gegen Dreijährskrieg rebellierenden Soldaten den Ruf eines leidenschaftlichen Parteigängers geworden ist. Sinclair, der große amerikanische Romanautor, ist Sozialist.

Selbsterman, der holländische Dramatiker, dergleichen. Sind diese Männer, deren Namen die ganze Kulturwelt mit Achtung nennt, als Dichter minderen Werts geworden, weil sie an den politischen Kämpfen ihres Volkes Anteil nahmen?

Wir sind eher geneigt, in der Doppelnatur dieser Verantwortlichkeit als Künstler und als Träger einer großen Weltanschauung den Ausdruck einer hohen geistigen Potenz zu erkennen, während umgekehrt die schaffenden Kräfte der modernen deutschen Literatur Zeichen einer bedenklichen Altersschwäche und Minderkraft an den Tag legen. Und wir bedauern es schmerzhaft, daß ein deutscher Dichter von heute sich erst dann wieder an die Fahne der geistigen Freiheit angeschlossen, wenn sich die Hüter an seinen geistigen Leib selbst wagen. Wir treten für Gerhart Hauptmann im Kampfe gegen bornierte Individualität ein, wie wir für jeden anderen eintreten — aber wäre Gerhart Hauptmann in diesem Kampfe ein geistiger Führer geworden, mit welcher Begeisterung würden wir ihm folgen!

## Gegen die Zensur von Langfuhr.

Eine Hauptmann-Protestversammlung, die der rührige Schützengarde deutscher Schriftsteller auf den geistigen Montagabend in den Riesenaal der Berliner Philharmonie einberufen hatte, war außerordentlich stark besucht und sie nahm, wie der Vortragsbericht, einen durch ein paar antisemitische Flegel trotz allem Bemühen nicht weiter beeinträchtigten Verlauf. Besagte Jünglinge wurden zu den Produzenten der täglichen Rundschau gelegt, die gestern abend den schlesischen Dichter — echt national! — als beredungswahnsinnig erklärt hatte.

Wit treffender Schärfe sprachen die Hauptreferenten Arthur Glosset, Dr. W. Blah, der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete des Riesengebietes, und unser Genosse Wolfgang Heine. Alle stimmten darin überein, daß das Festspiel ebenbürtig eine wahrhaft nationale Jahrbuchseifer ist, wie seine Unterdrückung eine Schmäherung des Andenkens der Freiheit, ein Versuch, selbst noch die Feler unzulässig, nachdem die planmäßige Föhrung der geschäftlichen Wahrheit dank der Bildungsarbeit des Proletariats so erschaffen möglich ist.

Die Frage, ob dem Dichter der „Weber“ oder dem Ausstellungsprotector von Breslau und Justizkommandant von Langfuhr die literarische Führerschaft gebühre, welche stürmische Heiterkeit, die hellenweise recht warmherzige Schieferrebe des Dr. W. Blah und die Aufforderung seines zum Zusammenstoß aller am geistigen Leben Teilnehmenden zum Kampf gegen eine ungeltige Fremdherrschaft der Rüstlinge und Bureaucraten, zum Zusammenschluß unter dem blühenden „Vortrags“! wurden mit draufendem Jubel aufgenommen. Außer bei hagerfüßten Schwarzblauen, deren Patriotismus nie geben, immer nur haben will, und einem hochwohlwollenden Breslauer Magistrat wird die Langfuhrer Zensur nicht viel Verwunderung und Desorientierung finden!

Die Resolution kennzeichnet die Dichtermäßigkeits als eine Schmäherung des Andenkens an 1813.

## Die zweite Lesung des Wehrbeitrags.

Die Subjektionskommission des Reichstags setzte am Montag vormittag die zweite Lesung des Wehrbeitrags fort. Am Sonnabend war in Aussicht gestellt worden, daß die Kommission den Kommissionsmitgliedern neue Anträge zugehen würden (Kompromißanträge). Die Sitzung am Montag wurde deshalb erst um 11 Uhr eröffnet, um den Kommissionsmitgliedern Zeit zu gewähren, die neuen Anträge zu prüfen. Da die Kompromißanträge aber erst nach Eröffnung der Sitzung verteilt wurden, erhoben die Genossen Ledebour und David Protest gegen ein solches Verfahren und beantragten eine mehrstündige Pause, damit eine Prüfung vorgenommen werden könne. Sämtliche bürgerlichen Parteien beschloßen jedoch, die Beratungen fortzusetzen, eventuell soll die Mittagspause auf zwei Stunden verlängert werden.

Für Wehrbeitragspflichtige, die ein Vermögen von nicht mehr als 200000 M. und ein Einkommen von nicht mehr als 100000 M. haben, ermäßigt sich der Wehrbeitrag um 10 Proz. für den dritten und jeden weiteren Sohn, der beim Heere gedient hat. Die Sozialdemokraten beantragten, 100000 und 100000 M. zu setzen. — Alle bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag ab. Graf Westarp forderte, daß für Wehrbeitragspflichtige, die minderjährige Kinder zu unterhalten haben, der Wehrbeitrag für das dritte und jedes weitere Kind um 5 Proz. ermäßigt werden soll, sofern nur ein Vermögen von nicht mehr als 100000 M. und ein Einkommen von nicht mehr als 10000 M. vorhanden ist. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der ersten Lesung ist bekanntlich mit Hilfe der Nationalliberalen beschlossen worden, bei Vermögen, die in landwirtschaftlichen Grundstücken

enthalten sind, das Zwanzigfache des Ertragswertes in Rechnung zu bringen, statt dem Zwanzigfachen, wie es die Regierungsvorlage forderte. Am Montag beantragten nun die Nationalliberalen, den in der Vorlage ent-

haltenen Satz wieder herzustellen und weiter: In allen Fällen kann der Beitragspflichtige verlangen, daß statt des Ertragswertes der gemeine Wert der Veranlagung zugrunde gelegt wird. Dieses Recht erlischt, wenn es nicht spätestens bis zum Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung des Veranlagungsbescheides geltend gemacht wird. — Die Volkspartei beantragte: Bei der Bewertung der land- und forstwirtschaftlichen sowie der Wohn- und gewerblichen Zwecken dienenden Grundstücke sind neben dem Ertragswert der Verkaufswert und die Nacht- oder Mietpreise zu berücksichtigen, welche sich für Grundstücke gleicher Art nach dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre ermitteln lassen. — Die Nationalliberalen begründeten ihren Antrag damit, daß die Herabsetzung des Satzes auf das Zwanzigfache einen Ausfall von 30 Millionen ergeben würde. Offenbar hat aber die allgemeine Misstimmung, die infolge der kaudalösen Begünstigung des Grundbesitzes entstanden ist, die Nationalliberalen zur Erkenntnis gebracht, daß ihre Liebedienerei für die Agrarier ihnen die Sympathien der städtischen Bevölkerung rauben werde. — Graf Westarp bekämpfte lebhaft den neuen nationalliberalen Antrag, der ja auch beim Vermögenszuwachssteuergesetz durchgeführt werden müsse, also auch beim Kindesterbe. Dagegen müßten aber die Konservativen energisch Protest erheben.

Nach einem Antrage Behrens sollen auch die Gärtnereibetriebe den landwirtschaftlichen Betrieben gleichgestellt werden. Namens der Sozialdemokraten forderte Genosse David, wie schon bei der ersten Lesung, daß die Grundstücke aller Art nur nach dem gemeinen Wert, nicht aber nach dem Ertragswert veranlagt werden. Wird diese Forderung abgelehnt, werden die Sozialdemokraten für den nationalliberalen Antrag stimmen, um einer allzu tolen Begünstigung der Agrarier vorzubeugen.

Nach langer Debatte wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Gegen die Stimmen der Konservativen und des Zentrums wird das Hundzwanzigfache des Ertragswertes wieder hergestellt, der Antrag der Volkspartei wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt; der Antrag Behrens einstimmig angenommen; endlich wird der zweite Antrag der Nationalliberalen etwas verändert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert gefordert haben, für den sich aber eine Mehrheit nicht fand, angenommen.

Die Kommission trat nunmehr in die Beratung darüber ein, wie das

## Einkommen zum Wehrbeitrags

herangezogen werden soll. In der ersten Lesung ist beschlossen worden, das Einkommen zu kapitalisieren und so von einer bestimmten Höhe an oder auch neben dem Vermögen zum Beitrag heranzuziehen. Zum besseren Verständnis lassen wir die wichtigsten Beschlüsse der ersten Lesung folgen. Sie lauten:

Von dem festgestellten Einkommen wird ein Betrag abgezogen, der einer Verzinsung von 5 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens entspricht. Das hiernach festgestellte Einkommen wird, wenn es nicht mehr als 50000 M. beträgt, mit seinem sechsfachen, wenn es mehr als 50000 M., aber nicht mehr als 100000 M. beträgt, mit seinem achtfachen, wenn es mehr als 100000, aber nicht mehr als 200000 M. beträgt, mit seinem zehnfachen und wenn es mehr als 200000 M. beträgt, mit seinem zwölffachen Betrage in Ansatz gebracht.

Beträgt das veranlagte Einkommen nicht mehr als fünf-tausend Mark, so wird es nur dann berücksichtigt, wenn es einem beitragspflichtigen Vermögen hinzuzurechnen ist.

Zur zweiten Lesung sind vom Berichterstatter Grafen Westarp, offenbar im Einverständnis mit seinen konservativen Parteifreunden, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Regierung, Anträge ausgearbeitet worden, die die Kapitalisierung des Einkommens beseitigen, das Einkommen überhaupt zum Beitrag heranziehen wollen. Graf Westarp beantragt: Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen:

von mehr als 10 000 M.	bis zu 10 000 M.	1 v. H. des Einkommens
15 000	15 000	1,2
20 000	20 000	1,4
25 000	25 000	1,6
30 000	30 000	1,8
35 000	35 000	2
40 000	40 000	2,5
45 000	45 000	3
50 000	50 000	3,5
55 000	55 000	4
60 000	60 000	4,5
65 000	65 000	5
70 000	70 000	5,5
75 000	75 000	6
80 000	80 000	6,5
85 000	85 000	7
90 000	90 000	7,5
95 000	95 000	8
100 000	100 000	8,5
105 000	105 000	9
110 000	110 000	9,5
115 000	115 000	10
120 000	120 000	10,5
125 000	125 000	11
130 000	130 000	11,5
135 000	135 000	12
140 000	140 000	12,5
145 000	145 000	13
150 000	150 000	13,5
155 000	155 000	14
160 000	160 000	14,5
165 000	165 000	15
170 000	170 000	15,5
175 000	175 000	16
180 000	180 000	16,5
185 000	185 000	17
190 000	190 000	17,5
195 000	195 000	18
200 000	200 000	18,5
205 000	205 000	19
210 000	210 000	19,5
215 000	215 000	20
220 000	220 000	20,5
225 000	225 000	21
230 000	230 000	21,5
235 000	235 000	22
240 000	240 000	22,5
245 000	245 000	23
250 000	250 000	23,5
255 000	255 000	24
260 000	260 000	24,5
265 000	265 000	25
270 000	270 000	25,5
275 000	275 000	26
280 000	280 000	26,5
285 000	285 000	27
290 000	290 000	27,5
295 000	295 000	28
300 000	300 000	28,5
305 000	305 000	29
310 000	310 000	29,5
315 000	315 000	30
320 000	320 000	30,5
325 000	325 000	31
330 000	330 000	31,5
335 000	335 000	32
340 000	340 000	32,5
345 000	345 000	33
350 000	350 000	33,5
355 000	355 000	34
360 000	360 000	34,5
365 000	365 000	35
370 000	370 000	35,5
375 000	375 000	36
380 000	380 000	36,5
385 000	385 000	37
390 000	390 000	37,5
395 000	395 000	38
400 000	400 000	38,5
405 000	405 000	39
410 000	410 000	39,5
415 000	415 000	40
420 000	420 000	40,5
425 000	425 000	41
430 000	430 000	41,5
435 000	435 000	42
440 000	440 000	42,5
445 000	445 000	43
450 000	450 000	43,5
455 000	455 000	44
460 000	460 000	44,5
465 000	465 000	45
470 000	470 000	45,5
475 000	475 000	46
480 000	480 000	46,5
485 000	485 000	47
490 000	490 000	47,5
495 000	495 000	48
500 000	500 000	48,5
505 000	505 000	49
510 000	510 000	49,5
515 000	515 000	50
520 000	520 000	50,5
525 000	525 000	51
530 000	530 000	51,5
535 000	535 000	52
540 000	540 000	52,5
545 000	545 000	53
550 000	550 000	53,5
555 000	555 000	54
560 000	560 000	54,5
565 000	565 000	55
570 000	570 000	55,5
575 000	575 000	56
580 000	580 000	56,5
585 000	585 000	57
590 000	590 000	57,5
595 000	595 000	58
600 000	600 000	58,5
605 000	605 000	59
610 000	610 000	59,5
615 000	615 000	60
620 000	620 000	60,5
625 000	625 000	61
630 000	630 000	61,5
635 000	635 000	62
640 000	640 000	62,5
645 000	645 000	63
650 000	650 000	63,5
655 000	655 000	64
660 000	660 000	64,5
665 000	665 000	65
670 000	670 000	65,5
675 000	675 000	66
680 000	680 000	66,5
685 000	685 000	67
690 000	690 000	67,5
695 000	695 000	68
700 000	700 000	68,5
705 000	705 000	69
710 000	710 000	69,5
715 000	715 000	70
720 000	720 000	70,5
725 000	725 000	71
730 000	730 000	71,5
735 000	735 000	72
740 000	740 000	72,5
745 000	745 000	73
750 000	750 000	73,5
755 000	755 000	74
760 000	760 000	74,5
765 000	765 000	75
770 000	770 000	75,5
775 000	775 000	76
780 000	780 000	76,5
785 000	785 000	77
790 000	790 000	77,5
795 000	795 000	78
800 000	800 000	78,5
805 000	805 000	79
810 000	810 000	79,5
815 000	815 000	80
820 000	820 000	80,5
825 000	825 000	81
830 000	830 000	81,5
835 000	835 000	82
840 000	840 000	82,5
845 000	845 000	83
850 000	850 000	83,5
855 000	855 000	84
860 000	860 000	84,5
865 000	865 000	85
870 000	870 000	85,5
875 000	875 000	86
880 000	880 000	86,5
885 000	885 000	87
890 000	890 000	87,5
895 000	895 000	88
900 000	900 000	88,5
905 000	905 000	89
910 000	910 000	89,5
915 000	915 000	90
920 000	920 000	90,5
925 000	925 000	91
930 000	930 000	91,5
935 000	935 000	92
940 000	940 000	92,5
945 000	945 000	93
950 000	950 000	93,5
955 000	955 000	94
960 000	960 000	94,5
965 000	965 000	95
970 000	970 000	95,5
975 000	975 000	96
980 000	980 000	96,5
985 000	985 000	97
990 000	990 000	97,5
995 000	995 000	98
1 000 000	1 000 000	98,5

Nach Berechnungen der Regierung würde diese neue Staffelung einen Ertrag von ungefähr 80 Mill. M. ergeben.

Die Sozialdemokraten beantragten das Folgende: Die Abgabe vom Einkommen beträgt bei einem Einkommen

von den nachfolgenden oder wollen	10 000	8	•	•
• • •	50 000	8	•	•
• • •	100 000	9	•	•
• • •	500 000	12	•	•
• der	24 000	15	•	•



Genosse Barm erklärte, der Kompromissantrag unter dem Namen Westarp treffe die kleineren Einkommen viel härter als nach den Beschlüssen der ersten Lesung. Dagegen werden die großen Einkommen sehr gelindert. Das könnten die Sozialdemokraten nicht mitmachen.

Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, der Antrag Westarp (Kompromissantrag) gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Einstimmige Annahme fanden die folgenden Anträge Westarp: „Als festgestellt wird angenommen das niedrige Einkommen der Steuerpflichtigen in der der Steuerpflichtigen zur Einkommensteuer veranlagt ist oder ohne Verlastung der persönlichen Vermögensverhältnisse zu veranlagten gewesen wäre.“ Ferner: „Abgabefrei sind die festgestellten Gesamteinkommen, die den Betrag von fünfzehnhundert Mark nicht übersteigen sowie die nach Abzug des abgabefreien Teils des Einkommens verbleibenden Restbeträge unter einhundert Mark.“

Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde auch dieser Antrag des Grafen Westarp angenommen: „Die beitragsfreie Vermögensgrenze erhöht sich bei einem Einkommen von nicht mehr als zweitausend Mark auf fünfzehnhundert Mark und bei einem Einkommen von mehr als zweitausend Mark auf zwanzigtausend (dreißigtausend) Mark.“ — Unsere Genossen haben gefordert, daß statt 3000 3000 und statt 4000 5000 M. gesetzt wird, um die niedrigen beitragspflichtigen Einkommen mehr zu mildern.

Nach dem Beschluß der ersten Lesung ist zur Abgabe einer Vermögenserklärung

verpflichtet, wer mehr als 25000 M. Vermögen, oder wer bei mehr als 5000 M. Einkommen mehr als 10000 M. Vermögen hat. — Unter Streichung der letzteren Bestimmung beantragten die Nationalliberalen, bei 20000 M. die Verpflichtung zur Vermögenserklärung einzutreten zu lassen, die Konservern dagegen, daß diese Verpflichtung erst bei 50000 M. beginnt. — Genosse David führte gegen den konservern Antrag aus, daß mit ihm eine weitere Durchsicherung der Vermögensverhältnisse der Beteiligten zum Behrbeitrag abgelehnt wird. Die von den Nationalliberalen beantragte Streichung müsse abgelehnt werden, um die Leute mit 5000 M. Einkommen und 10000 M. Vermögen zur Vermögenserklärung zu zwingen.

Die Nationalliberalen ändern ihren Antrag dementsprechend um, worauf er Annahme fand. Weiter wurde beschlossen, die Verpflichtung zur Vermögenserklärung bei 20000 M. beginnen zu lassen. Aufgehoben wurde die Bestimmung, daß gegen einen Beitragspflichtigen, der wissenschaftlich unwahre Angaben der Behörde macht, neben Geld- und Gefängnisstrafen auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Dagegen wurde beschlossen, daß die Steuerbehörde der Staatsanwaltschaft die Akten zu übergeben hat, falls der Verdacht der böswilligen Steuerhinterziehung besteht. Bestrafungen eines Beitragspflichtigen können auf seine Kosten öffentlich bekanntgemacht werden. Die Ausübung des Gesetzes auf die Schutzgebiete wurde entgegen den Beschlüssen in erster Lesung gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, einen etwaigen

Ueberschuß beim Behrbeitrag für die Veteranen, für Mutter- und Säuglingsfürsorge und sonstige sozialpolitische Zwecke zu verwenden. Das Zentrum dagegen fordert: Die Einnahme aus dem Behrbeitrag zusätzlich freiwilliger Beiträge ist ausschließlich zur Deckung der Kosten für die Verpflegung der Wehrmacht auf Grund der Vorlage zu verwenden. Wenn nach dem Vorschlage für das Jahr 1913 die Einnahme aus dem Behrbeitrag die Ausgaben, zu deren Deckung sie bestimmt ist, übersteigt, ist der Ueberschuß zur Minderung des letzten Drittels des Behrbeitrages nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes bereitzustellen. — Die Kommission hatte in der ersten Lesung beschlossen, Ueberschüsse zur Schuldentilgung zu verwenden. — Schatzsekretär Kühn sprach sich für den Zentrumsantrag aus.

Nach längerer Debatte wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; der Antrag des Zentrums dagegen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Damit ist die zweite Lesung des Behrbeitrages erledigt.

Ueber den finanziellen Effekt der Deckungsvorlagen nach den bisherigen Beschlüssen der Budgetkommission hat das Reichshausamt der Kommission die folgende Aufstellung gegeben:

Für die Zeit bis zum 31. März 1917 fallen an Einnahmen wegen (bei Aufrechterhaltung der etwaigen Einnahmen aus dem Erb-recht des Staates):

I. Minderverträge aus dem Stempelgesetz:	
a) 1913: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, davon für die Zeit vom 1. Oktober 1913 die Hälfte, gleich	10 Mill. M.
b) 1914: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark für das ganze Jahr	20 „
c) 1915: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, der ausgeglichen wird durch den Wegfall, der mit 20 Mill. Mark veranschlagte Entschädigung der Bundesstaaten.	—
d) 1916: Ausfall an Versicherungsstempel 20 Millionen Mark, der nur in Höhe von 10 Millionen M. durch den Wegfall der Entschädigung der Bundesstaaten ausgeglichen wird, weil die Entschädigung vom 1. Oktober 1916 ab nur die Hälfte betragen sollte, so daß ein Ueberschlag von	10 „
Summa	30 Mill. M.

II. Es treten hinzu:

a) Ausfall infolge der Ermäßigung der Grundbesitzabgabe für 1915 und 1916 mit je 20 Millionen Mark, gleich	40 Mill. M.
b) Ausfall infolge späteren Inkrafttretens der Besitzsteuer, gleich	80 „

III. Dieser Betrag würde sich bei Ablehnung des Erb-rechts des Staates erhöhen um die Ausfälle für 1913 mit 6 Millionen Mark und für 1914, 1915, 1916 mit je 10 Millionen Mark, zusammen

50 Mill. M.
-------------

IV. Gesamtausfall

205 Mill. M.
--------------

Für die Zeit vom 1. April 1917 ergeben sich an Einnahmen nach den Beschlüssen der Budgetkommission jährlich aus:

a) Stempel	44 Mill. M.
b) Zuckersteuer	40 „
c) Besitzsteuer	90 (85) „
d) Erbrecht des Staates	15 Mill. M.

Darüber als die Einnahme aus dem Stempel

zusammen 180 (194) Mill. M.
-----------------------------

Verbleiben 186 (191) Mill. M.

Dieser Betrag würde sich bei Ablehnung des Erb-rechts des Staates mindern um

15 Mill. M.
-------------

auf 171 (176) Mill. M.

bis 186 Millionen Mark.

Bayern und die Vermögenssteuer.

Die Verl. Volksztg. erfährt, daß die sächsischen Regierungen in der letzten Zeit für die neue Gestaltung der Deckungsvorläge gewonnen worden sind. Ein „Annehmbar“ gegenüber der Ver- von ihnen nicht mehr zu erwarten.

Wären soll nach der Meldung der Volksztg. derjenige Bundes- staat gewesen sein, dessen Verdröben es hauptsächlich zuzuschreiben war, daß die Reichsfinanzverwaltung nicht zum Hauptfeind der für die Deckung der laufenden Kosten bestimmten Vorlage gemacht wurde. Der die Haltung Bayerns kennzeichnende Ausspruch des bayerischen Ministerpräsidenten lautet: Bayern würde sich selbst aufgeben, wenn es diese Steuer annähme. Und nun wird sich Bayern selbst aufgeben! Als entschiedener Gegner einer Reichsfinanzver- waltungsteuer bleiben wahrheitsgemäß nur Sachsen und die Hanse- städte, besonders Hamburg, übrig, die nun wohl überstimmt werden.

## Deutsches Reich.

### Irren.

Von der bischöflichen Behörde in Osnabrück ist der Leitung der Marienschule in Bremen ein Beileidschreiben zu dem schweren Unglück zugegangen, das der wahnsinnige Schu- amtskandidat heraufbeschworen hat. Dagegen wäre nichts zu erinnern, denn die Marienschule ist eine katholische Schule und sie steht unter der geistlichen Oberaufsicht des Bischofs von Osnabrück. Aber die Sache gewinnt ein etwas anderes Ge- fäch durch die Art, wie die bischöfliche Behörde die Missetat charakterisiert. Sie läßt nämlich die Möglichkeit offen, daß das Kind ein Opfer des protestantischen antikatolischen Fanatismus geworden sein. In einem Fall, wo auch nicht der geringste Zweifel an dem Irrtum des Täters möglich ist, mag man anzudeuten, daß parteipolitische und konfessionelle Reden im Spiele seien. Die Kundgebung ist am Sonntag nach dem Hauptgottesdienst von der Kanzel verlesen worden, und es wäre nicht verwunderlich, wenn die vornehmlichen Katholiken, die hörten, wie der Generalvikar des Bischofs neben die Möglichkeit des Wahnsinns die des Fanatismus stellte, sich für die zweite Alternative entschieden hätten.

Aber die bischöfliche Behörde von Osnabrück deutet doch nur an. Man höre demgegenüber die Germania. Sie legt die Tat ausdrücklich den protestantischen Gegnern gegen die Katholiken aufs Konto und will sich nicht durch den Einwand beirren lassen, daß der Mörder ja irrsinnig sei.

Wobur ist er denn irrsinnig geworden? Eben durch seine völlige Ignoranz über die antikatolische Verhetzung. Er sah in allem Bösen die Hand der Jesuiten, welche letztere er mit den Katholiken identifiziert, sonst hätte er wohl nicht auf eine kleine Maßnahme geschlossen, die doch keine Mit- glieder des Jesuitenordens sein können. Uebrigens gibt es zu denken, daß nach einer Bremer Depesche des Berliner Lokal-Anzeigers die Wirkleute des Mörders bei ihm ein etwas von Verleumdung demerzt haben, und daß ihnen sein Betragen in keiner Weise ausgefallen ist. Man wird annehmen können, daß der Verbrecher durch Rhetorik entsprechende Schriften, z. B. der Publikationen des Evangelischen Bundes, der Täglichen Rundschau oder dergleichen, zu einem furchtbaren Haß gegen Jesuiten und Katholiken gekommen ist.

Wir sind sicher über den Verdacht erhaben, als sym- pathisierender wir mit der Gege gegen die Jesuiten oder den antikatolischen Rinderern, die von Zeit zu Zeit im Evan- gelischen Bund und ähnlichen Organisationen losgelassen werden. Aber kann es wohl eine schlimmere und bössere Gege geben, als einen armen Verurteilten zum konfessionellen Fanatismus zu stempeln? Der Verfasser des Artikels der Germania ist ein Konvertit, d. h. also einer, dessen Katholizismus noch neu ist und der also ein Interesse daran hat, den Radikalismus der Wirkung der an ihm vorgenommenen Taufzeremonie zu erbringen. Aber das ist keine Rechtfertigung dafür, daß ein führendes kirchliches Blatt sich seine von einer blutigen Phantasie zeugenden Ausführungen zu eigen macht. Die Ansicht ist gar zu deutlich. Man will die Bremer Greuelthat be- nutzen, um wieder einmal das Wärdchen von der Verfolgung der katholischen Kirche aufzuwärmen und auf diese Weise die Wärdchen, die den Zentrumsfahnen folgen, von den sie näher berührenden politischen Fragen ablenken.

### Die Herren Hausagrarier.

Am Montag begann in Kiel der 35. Deutsche Haus- und Grundbesitztag. Gleich zu Anfang gab's Ärger. Ein Verein, der das schreckliche Verbrechen begangen hatte, einen Bodenreformer zu dem Haus- und Grundbesitztag zu dele- gieren, wurde hinausgeschmissen, und das ging nicht ohne stürmische Debatte. Dann beschloß man sich mit den Deckungsvorlagen, über die der ehemalige Präsident des Reichs- Statistischen Amtes Dr. v. d. Borghs referierte. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden eine Anzahl Beschlüsse angenommen, in denen die Herren Hausagrarier erklären, daß sie in der Deckungsvorlagen, wie sie von der Kommission gestaltet worden sind, eine gerechte Verteilung der Lasten nicht erblicken. Sie wenden sich besonders gegen die Reichs- vermögenssteuer, gegen die Hinausschiebung der Er- mäßigung des Reichsumsatzsteuereinkommens für Grundstücke und gegen die Erhöhung des Versicherungssteuereinkommens. Ferner wurde ein Telegramm an die Budgetkommission ge- sandt, in dem gegen die Hinausschiebung der Aufhebung der Wertzuwachssteuer protestiert und verlangt wird, daß auch den Gemeinden die Erhebung einer Wertzuwachssteuer unter- sagt wird.

Die Herren Hausbesitzer haben ja sicher mindestens zum Teil mit ihren Beschwerden über die Lösung der Deckungs- frage im Reichstage nicht unrecht. Mögen sie sich bei den Parteien bedanken, die, statt eine alle Besitzenden gleichmäßig belastende Erbschafts- oder Vermögenssteuer einzuführen, ein so kompliziertes und an Ungerechtigkeiten so reiches Steuer- machwerk schaffen wollten.

## Fabrikation von russischen Regierungsklatschen in deutschen Universitäten.

Die diesjährigen Budgetdebatten in der Duma haben endlich über ein eigenartiges Verfahren des russischen Unter- richtsministeriums Klatsch geschaffen, das im letzten Jahre lebhafteste Erörterungen wachgerufen hat. Seit etwa einem Jahre bestehen nämlich in Berlin, Tübingen, Karlsruhe, Heidelberg, Göttingen und München Seminare für Stipendiaten der russischen Regierung, die von deutschen Professoren für bereitet werden. Diese Massenfabrikation von Univeritäts- professoren erschien von vornherein um so verdächtig, als sie unabhängig von den russischen Universitäten, ohne Ge- nehmigung der Duma, willkürlich von dem Unterrichtsmini- sterium durchgeführt wurde, der durch seine Zerrüttung der russischen Hochschulleitung, durch die Maßregelung zahlreicher liberaler Professoren, durch die Heranziehung eines neuen Typs von Regierungskreaturen an den Univeritäten eine traurige Berühmtheit erlangt hat. Nun erbrachten die Debatten über den Etat des Unterrichtsministeriums den Nach- weis, daß die ganze Maßnahme einzig und allein dem Zweck dient, die russischen Hochschulen mit „gesinnungstüchtigen“ jungen Leuten zu bedürfen, deren wissenschaftliche Vorbildung nebensächlich, deren politische Willfährigkeit jedoch für das Ministerium außer allem Zweifel sein mag. „Von der Bedeutung der Stipendiaten, aus denen man, wie er sich an- drückt, „einen neuen Typus von Professoren und Katalen“ heranziehen beabsichtigt. Aus seinen Mitteilungen ergibt sich, daß die meisten der in Deutschland weilenden Stipendiaten nicht einmal genügend deutsch verstehen, um sich den Pro- fessoren gegenüber verständlich zu machen. Die Erfolge, die die Seminare zeitigten, sind demnach recht mangelhaft.

Was uns an der ganzen Angelegenheit besonders inter- essiert, ist, daß deutsche Professoren „zu der Rolle herabge- fallen, dem zaristischen Schandregiment „wissenschaftlich“ vor- gebildete Handlanger zu stellen. Selbst Professoren, die bisher auf ihren Ruf blieben, scheuen sich nicht, eine reaktionäre Maß- nahme zu unterstützen, gegen die die gesamte russische Wis- senschaftswelt den schärfsten Protest erhebt, und für die selbst die reaktionäre Duma die erforderlichen Kredite verweigert hat. Wie Prof. Nowikow in der Duma erklärte, äußerte sich ihm gegenüber ein deutscher Professor über einen Kollegen, der von dem russischen Ministerium mit der Leitung eines Seminars betraut wurde, folgendermaßen: Was wollen Sie? Dies ist ein Herr, der für einige tausend Mark von der russischen Re- gierung bereit wäre, nicht nur ein Seminar, sondern eine ganze Anzahl zu eröffnen! Diese Charakteristik dürfte für sämtliche deutsche Hochschullehrer zutreffen, die in ihrer Liebs- lingserei vor dem Zarenismus die deutsche Wissenschaft emble- tigen und sich selbst dem Gespött des Auslandes aussetzen.

### Der Kampf im deutschen Kongogebiet.

Zu der gestern von uns gebrachten Meldung eines französischen Blattes über den Kampf um Abteilungen der deutschen Schutztruppe mit Eingeborenen, bei dem ein Unteroffizier und 12 Mann getötet sein sollen, schreibt der Berliner Lokal-Anzeiger in seiner heutigen Morgennummer:

Ueber einen Angriff auf die Kolonne des Majors Zimmermann, der, wie wir in heutigen „Morgen“ meldeten, einer französischen Quelle zufolge im deutschen Kongogebiet erfolgt sein soll, hat das Reichskolonialamt auch heute keinerlei Nachricht erhalten. Es wandte sich telegraphisch an das Gouvernement um Aufklärung. Im Reichskolonialamt ist man geneigt, diese französische Meldung in Zusammenhang mit dem im April festgestellten Zusammenstoß zu bringen, bei dem ein Unteroffizier Sievers den Tod fand. Wenn jetzt ein Unteroffizier Sievers als Opfer des Ueberfalls ge- nannt wird, so läßt die Ähnlichkeit der Namen die Annahme zu, daß es sich um den zwei Monate zurückliegenden Vorgang handelt, der in der Pariser Kolonialkorrespondenz jetzt wieder auftaucht. In beiden Fällen bleibt bei dieser Annahme allerdings, daß es in der Tat einen Unteroffizier Sievers dort gibt; dieser ist dem Schutzkommando zugeteilt, das der deutschen Grenzregulierungskommission als Stütz- punkt gegeben wurde. Was zum Eintreffen genauer Nachrichten wird man sich in Weidau zu fassen haben, da bei der Wangelshöfener Wege im neu erworbenen Kongogebiet bis heute noch nicht einmal ein eingeborener Bericht über den im April erfolgten Tod des Unteroffiziers Sievers eingetroffen ist.

### Friedliche Willen.

Der bekannte Willenfürher „Ulrich von Schele-Scheleburg“ erklärt in dem Hauptorgan der Deutsch-Dannoveraner, der Deutschen Volkszeitung, folgende Erklärung: „In dem am 19. d. M. zur Veröffentlichung gelangten Schreiben Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ist ein faßbares Willen geäußert auf die hannoversche Rechte des welfischen Fürstentums aufrechtzuerhalten. Es enthält somit für die deutsch-hannoversche Partei jeder Grund zum Verunsichern. Sie ist jedoch der Verpflichtung voll bewußt, die eine etwaige Thronbesteigung Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen in Braunschweig ihr auferlegen würde. Sie wird durchaus den Er- wartungen entsprechen, die Sr. Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, in seinem Brief an das kaiserlich braunschweigische Staatsministerium vom 15. Dezember 1908 zum Ausdruck gebracht hat, in dem er die feste Absicht äußert, daß die Dannoveraner alles unter- lassen werden, was geeignet wäre, die Stellung seines Sohnes als Herzog von Braunschweig zu er- schwern.“ Das heißt also, die Herren Willen wollen im Prinzip davon festhalten, daß auch Hannover eigentlich einen Landesrat aus dem ansehnlichen Verrücktenhaus bekommen müßte, in der Praxis sich aber damit zufrieden geben, daß ein Welfe wenigstens auf dem braunschweigischen Thron kommt, und sich damit abfinden, daß Hannover preussisch bleibt.

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

Sensationeller Selbstmord eines Oberleutnants. Wien, 23. Juni. In seinem Bureau im neuen Gebäude des Kriegsministeriums hat sich heute vormittag 10 Uhr der 7. W- teilung des Kriegsministeriums zugeweiht gewesene Oberleutnant Johann Ledel erschossen. Er war seit vielen Jahren der 7. W- teilung zugeweiht, befehligte und geleitete von sechs Rindern. Ueber die Ursache des Selbstmordes ist man, da schriftliche Aufzeichnungen nicht gefunden wurden, wie an offizieller Stelle telegraphisch berichtet wird, noch im Unklaren. Nach der offiziellen Darstellung soll der Oberleutnant seit längerer Zeit unter Depressionen



**Paris, 23. Juni.** In dem bereits gemeldeten Selbstmord des Obersten aus dem Kriegsmilitär, Lebel, wird nachfolgendes bekannt: Lebel hatte vor einiger Zeit einen längeren Urlaub erhalten und war demnächst erkrankt, so dass seine persönliche Aufsicht über den Dienstfall nicht mehr möglich war. Dieser Urlaub sollte er heute antreten. In seinem Zimmer wurde ein Schuss gehört. Als man plötzlich aus dem Zimmer auf den Boden, den Lebel betrat, lag der Oberst tot am Boden, den Revolver nach der Hand haltend. Der Selbstmord des Offiziers macht in der Stadt beständiges Aufsehen, und es wurden einige von einem Zusammenstoß mit der Affäre Lebel reden hören. Man ist in Wien um so mehr geneigt, diesen Verbrechen Glauben zu schenken, als wiederholt von bevorstehenden neuen sensationellen Enthüllungen und Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Verbrechen Lebel die Rede war.

### Frankreich.

#### Der Kampf gegen die Waffenlieferanten und Rüstungsgeher.

**Paris, 23. Juni.** Die Kammer setzte heute die Beratung der Gesetze über die Verlängerung der militärischen Dienstzeit fort. Der Sozialist Briquet verteidigte einen Gesetzentwurf, der eine dreijährige Dienstzeit von 20 Monaten festlegen will. Briquet hat dann unter dem Beifall der äußersten Linken eine Rede auf die dreijährige Dienstzeit gehalten. Demnach Paris erklärte als Berichterstatter: Wir haben volles Vertrauen in den Wert und die Gebenheit der Rüstungen, aber gerade die Rüstungen haben ein besonderes Unbehagen nötig, und eine Dienstzeit von 20 Monaten würde nicht genügen. (Beifall.) Briquet (Sozialist) meinte, es seien finanzielle Gründe, die den Militärforderungen entgegenstünden, und zwar der Preis und die Kosten der Rüstungen vor, dass sie zu Rüstungen drängten. Briquet wandte an die Affäre Krupp und wollte Aufschlüsse über die gegen ein französisches Haus vorgehenden, Kriegsmilitär-Gesetze unterbreiten und rief: Das ist eine Infamie! Ich erlaube mir heute, die Rüstungsgeher zu kritisieren. Er warf sodann den großen Rüstungsgebern vor, dass sie keine Patrioten seien, da sie auch den ebenbürtigen Gegnern französische Waffen lieferten, namentlich Deutschland. Kriegsmilitär-Gesetze erwiderte: Das Kriegsmilitär hat die Rüstungsgeher nicht zu verkaufen und die Industrie nicht zu verhindern können, sie zu verkaufen. Eine deutsche Nation hat sie gekauft und ihr den Vorrat vor dem Krieg gegeben. Es war von Interesse für die französische Industrie, dass das französische Geschäft an Stelle eines deutschen trat. Ich habe nicht, was Sie dabei am Kriegsmilitär haben können. Der Sozialist, Adolphe Halamaus, unterbrach den Kriegsmilitär und sagte: Rüstungsgeher denn nicht mehr am Dreieck teil, das die Nation eine deutsche Nation nennen? (Zurufe.) Halamaus fragte, ob Teile der Rüstungs-Geschäfte nicht abzugeben in den Rüstungsgebern hergestellt worden seien. Der Kriegsmilitär erwiderte: Ja, mit Erlaubnis des Kriegsmilitär. (Zurufe.) Der Deputierte Briquet wollte dann die Angelegenheit gegen die Rüstungsgeher wieder aufnehmen, aber das Zentrum protestierte dagegen, da dies nicht zur Beratung führe. Die Sozialisten unterstützten ihren Redner, und während dieser Minuten herrschte lebhaftes Unruhe. Präsident Deschanel rief die Ordnung wieder her. Als Briquet dann von den Rüstungsgebern sprach, bemerkte der Präsident, dass dies nicht zur Debatte führe. Briquet antwortete, er spreche von den Rüstungsgebern, um auf die Rüstungsgebern zu kommen, die sich in Belgien, Frankreich und Deutschland befinden. Der Redner warf in heftiger Weise den Rüstungsgebern Frankreich und Deutschland vor, die Rüstungsgebern der Rüstungsgebern zu sein; er warf besonders den französischen Rüstungsgebern vor, dass sie die Rüstungsgebern in den Vordergrund zu stellen. Das Ziel würde ein freies Handelsgebiet und Unabhängigkeit, aber nicht ein Preis eines Krieges. Diejenigen, die sich dieser Begründung bedienen, müßten eine brutale Begründung dieser Begründung haben. Er fragte, ob dies vorzuziehen? Die Sozialisten können erklären, dass wir für ein deutsch-französisches Handelsgebiet kommen sind. (Beifall auf der äußersten Linken.) Die Sozialisten, die nach Paris gegangen seien, wüssten, dass die Verabschiedung der Jahresklasse Frankreich in Deutschland als Verabschiedung aufgehört worden sei. (Lebhafter Widerspruch.) Briquet erhob sich und rief inmitten des Lärmes zwischen den Sozialisten und anderen Abgeordneten: Es ist abschließend, eine Verabschiedung eine Herausforderung zu nennen. (Beifall im Zentrum und auf der Linken.) Briquet rief von seinem Platz aus: Zur gleichen Zeit unternehmen die Chauvinisten und Militaristen diesbezüglich und jenseits der Grenze das gleiche abschließende Werk, zwei Wälder zu benutzigen, um den Frieden zu zerstören. Wie Briquet, wie Liebknecht, erkläre ich: wenn an diesen Stimmungen nur eine Spur von Ehrlichkeit vorhanden ist, so ist es die Existenz einer ganzen Organisation zur Verursachung einer gemeinsamen Panik. (Beifall auf der äußersten Linken, lebhafter Widerspruch auf zahlreichen Bankten.)

### Waffenlieferanten.

Präsident Deschanel: Es gibt in Frankreich keine gemeinsamen Organisationen, wohl aber Organisationen, die den Aufbruch im Augenblick der Kriegserklärung prägen. Ich habe sie heraus, mit mir gegen die verbrecherischen Dinge zu kämpfen. (Lebhafter Beifall auf der Linken, im Zentrum und auf verschiedenen Bankten der Linken.) Nachher bei der äußersten Linken nahm darauf seine Kollaboration wieder auf, die er beendete, indem er für den Gegenentwurf Briquet eintrat. Der Gegenentwurf Briquet wurde darauf mit 603 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

### Agitation.

**Paris, 23. Juni.** Die Deputierten Reimach und Montebello beantragten heute in der Kammer einen Gesetzentwurf, der die Einstellung der Rüstungen für das 20. Lebensjahr vorschlägt. Die Jahresklasse von 1912 und 1913 soll diesmal demgemäß spätestens am 10. November d. J. einberufen werden. Bei den 20jährigen Einstellungsklassigen solle eine besonders strenge Auswahl getroffen werden.

### Amerika.

#### Wilson's Politik.

**Washington, 23. Juni.** Präsident Wilson verließ heute per Bahn im Kongress eine kurze, eindringliche Rede, in der er eine unverzügliche gesetzliche Regelung des Weltmarktes empfahl, um das neue Zolltarifsystem zu ergänzen und das geschäftliche Leben der Nation auf eine sichere wirtschaftliche Grundlage zu stellen. Die Weltmarktsysteme würden jetzt eine neue Richtung erlangen und dürften nicht ohne Weiteres gelassen werden für ihre Weltmarkt, sobald sie frei wären. Wir werden sie frei machen durch Befestigung der Weltmarktsysteme. Es wird eine Periode der Ausbreitung neuer großartig gedachter Unternehmungen folgen; es ist unsere Aufgabe, jetzt zu bestimmen, ob sie eine schnelle, leichte und sichere Erfüllung finden wird. Niemand, wie selbst und offensichtlich, kann sagen, dass ein, einzeln, dass ein von den wichtigsten Zweigen, die das Geschäft nötig hat, jetzt ein Mittel, das ihnen den Kredit liefert, mag es sich um eine Aktiengesellschaft oder um eine einzelne Person handeln. Die Herrschaft über die Welt, wie wir sie heute, liegt auf dem Rücken des Kredits. Wenn

ein Mann sein Vermögen an Fähigkeiten, Charaktereigenschaften und Selbstmitteln nicht nach seinem Willen verfügbar machen kann, was hat er davon, eine für ihn günstige Gelegenheit zu sehen, solange andere die Schlüssel des Kredits in ihrer Tasche haben und sie überhaupt nur wie ihren eigenen privaten Besitz behandeln? Es ist vollkommen klar, dass es unsere Pflicht ist, ein neues Bank- und Geldumlaufsystem zu schaffen. Unsere Gesetze über das Bankwesen müssen unsere Reserven beweglich machen und dürfen nicht zulassen, dass sich die Geldquellen des Landes irgendwo in einigen Händen konzentrieren, oder dass sie für Zwecke der Spekulation in einem Umfang gebraucht werden, der ihrer sonstigen berechtigten, fruchtbarsten Verwendung lähmend und hindernd im Wege steht. Die Kontrolle über das Bank- und Geldumlaufsystem muss der Regierung selbst anliegen, so dass die Banken die Werkzeuge, aber nicht die Herren des Geldes, der Unternehmungen und der Initiative des Einzelnen sind.

#### Der Druck gegen Serbien.

**Wien, 23. Juni.** In den Kreisen der hiesigen Balkandiplomaten besteht die Ansicht, dass die europäischen Großmächte jetzt einen Hochdruck in Belgrad ausüben. Man glaubt, dass Serbien trotz des Widerstandes eines Teiles der Minister dem Schiedsspruch des Jahres anerkennen und auf die Forderung, dass der Jar einen allgemeinen Schiedsspruch über die Grenzverteilung abzugeben sollen, verzichten werde. In den Kreisen der hiesigen Balkandiplomaten wird daher die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens günstiger beurteilt.

**London, 23. Juni.** Die Balkanlage wird hier zwar als sehr kritisch, aber doch nicht als hoffnungslos angesehen. Zeitweise ist die Ursache zu dem noch bestehenden Optimismus in dem morgigen erfolgreichen Besuch des französischen Präsidenten, Herrn Poincaré und Vidons in London zu finden. Man rechnet augenscheinlich damit, dass die Verhandlungen der Leiter der auswärtigen Politik der beiden Mächte doch im Laufe der Zeit einen Ausweg zu zeigen.

**Sofia, 23. Juni.** Der russische Gesandte wurde gestern vom König in Audienz empfangen. Der Gesandte hat dringend geraten, die bulgarische Regierung möge noch einige Tage warten, weil Aussicht vorhanden sei, dass Serbien zugunsten zur Anerkennung des Vertrages und zur Annahme des Schiedsgerichts auf Grund des Vertrages zu bewegen sei.

### Zur serbischen Ministerreise.

**Belgrad, 23. Juni.** Nach übereinstimmenden Berichten der serbischen Presse überreichte der russische Gesandte von Pottgiorgi am letzten Freitag der serbischen Regierung die kategorische Forderung der russischen Regierung, dem von Kaiser Nikolaus angelegten Schiedsspruch ohne Vorbehalt und bedingungslos zuzustimmen. Im Laufe der Verhandlungen des Ministerrats am Sonntag trat Ministerpräsident Pašić für die Annahme dieser Forderung ein, weil die Ablehnung des Schiedsgerichts einen Krieg mit Bulgarien unvermeidlich machen würde. Einige Minister wiesen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Annahme der Forderung mit der Aufgabe des serbischen Standpunktes gleichbedeutend sei. Kriegsmilitär General Bogdanowitsch verwies auf die Stimmung in der Armee, welche unter keinen Umständen die Bulgaren erobernde Gebiete preisgeben werde. Er lehnte jede Verantwortung für die Folgen ab, welche eine Nichtbeachtung dieser Stimmung nach sich ziehen könnte und reichte seine Demission ein, der sich Justizminister Pašić und Volksrechtswissenschaftler Kostu Stojanowitsch anschlossen. Der auf diese Weise herbeigeführte prinzipielle Gegensatz innerhalb des Ministerrates veranlasste den Ministerpräsidenten Pašić, dem König die Demission der Gesamtregierung zu unterbreiten. Der König befiel gestern nachmittag den Präsidenten der Skupstina Nikolić sowie den jugradischen Parteiführer Ribba Danilowitsch. Nikolić habe beantragt, dass angesichts der ersten Lage die Skupstina, die gegenwärtig verlagert ist, befragt werden solle.

### Mitteilungen.

**Sofia, 23. Juni.** Wie hierher gemeldet wird, dauern die bulgarischen Truppen in der Wägenbahn fort. Die Serben liegen sich hinter befestigte Stellungen am Bardarskij Fluss.

### Rechte lokale Nachrichten.

**Vertrauen.** Am Montag vormittag sprangen zwei Arbeiter an der Königsbräuer Straße in angestrichenem Zustand und vollständig angekleidet in die Elbe, um zu baden. Hierbei geriet einer unter die dortliegenden Fische und ertrank. Der Leichnam ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.

**Verkehrsunfall.** In einer Fabrik in der Wilsdruffer Vorstadt kam am Montag nachmittag ein Bekehrter der Arbeiter zu nahe, so dass ihm der linke Daumen abgehauen wurde.

**Feuergefahren.** Wurden heute morgen auf dem Postplatz zwei aus Dresden gebürtige Arbeiter wegen zahlreicher in hiesiger Stadt verübter Diebstahlsdelikte verhaftet.

**Nach größeren Untersuchungen** zum Radwiel der Reichsanstalt Dr. Gerich und Dr. Sommer auf der Wilsdruffer Straße flüchtete, wie berichtet, am 21. Mai der langjährige Bureauvorstand Weigel, gebürtig aus Witten. Der Festhabe wurde einige Tage später in Leipzig verurteilt. Gestern wurde über Weigel das Konfiskationsverfahren eröffnet.

**Schiff.** Heute morgen wurde an der Dampfschiffhalle ein Boot aus der Elbe gezogen, in welchem sich in einem großen Frachtkontainer ein ansehnlich neugeborener Kindesleibnam befand.

**Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-Rugard-Brücke**  
vom 24. Juni, mittags 12 Uhr.  
Barometer 762. Veränderlich.  
Thermometer + 19° R.  
Thermometergraph: Win. + 10°, Regen. + 21°.  
Hygrometer 87°.  
Wasserstand der Elbe — 68 Zentimeter.  
Wasserwärme + 15 Grad R.

### Prognose der hiesigen Landeswetterkarte

für den 25. Juni:

Südwestwinde, wolfig, zumächst warm, später Abkühlung, zeitweise Regen und Gewitter.

**Wetterlage:** Ein kaltes aber ausgedehntes Tief zieht sich von Schweden in nordöstlicher Richtung bis nach Finnland. Das Maximum des Druckes befindet sich über der Ostsee. Das nordöstliche Tief schreitet ostwärts fort. Es hat bereits und wird auch weiterhin zumächst Zeitläufe vor sich herschieben, die sich durch Gewitter und sonstige lokale Störungen bemerkbar machen. Ein völliger Umschwung des Wetters wird dadurch eingeleitet werden.

### Letzte Telegramme.

#### Die schiffliche Landesversammlung.

**Wien, 24. Juni.** In der heutigen Sitzung sprach Herr Seeger-Beitz über das Gemeindegeldrecht. Er legte dazu eine Resolution vor, die unsere Forderungen auf diesem Gebiete betrifft. Eine Resolution des Landesparlamentes und des Bezirksparlamentes stimmt der Errichtung einer eigenen Parteipresse für den 23. Kreis zu. Die Durchführung wird aber von der Zustimmung des Landesparlamentes abhängig gemacht. Dem wurde der Antrag auf Aufhebung des Verdicts der Doppelkandidaturen gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Landesparlament wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt.

#### Die Deckungsvorlagen in der Budgetkommission.

**Berlin, 24. Juni.** (Privattelegramm.) Die Budgetkommission nahm heute nach lebhaften Debatten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, zweier Zentrumsdaggeordneten und der Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung einen, völkereigenen-nationalliberalen Antrag an, der die Vermögenssteuer von 1911 für Reich und Bundesstaaten befreit, für die Gemeinden aber so lange bestehen lässt, als von der zuständigen Landesregierung nicht Einspruch erhoben wird.

Ein weiterer Antrag der Nationalliberalen und Völkereigenen, den Zuschlag zum Reichsschatz auf den Grundbesitzverkehr bis zum 31. März 1916 und bis zum 31. März 1917 zur Hälfte zu erhöhen, wird abgelehnt. Der Staatssekretär Rühl gab nun namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, dass durch die Beschlüsse der Budgetkommission ein so großes Loch in den Finanzplan der Regierung gerissen würde, dass die verbündeten Regierungen nicht mehr mitmachen könnten, da einschließlich eines an sich schon vorhandenen Defizits von 35 Millionen jetzt ein Ausfall von 75 Millionen vorhanden sei. Aus der Mitte der Kommission wurden lebhafteste Parallelaus: Auflösung des Reichstags!

#### Zur Lage am Balkan.

**Wien, 24. Juni.** Der Minister des Äußeren gibt in einem längeren Bericht Mitteilung über die momentane Lage, worin betont wird, dass Griechenland alles getan und noch tut, um den Frieden zu erhalten. Die griechische Regierung steht jedoch auf dem Standpunkt, dass die Teilungsfrage nur durch die Mitwirkung der beiden verbündeten Staaten geregelt werden könne. Um einen neuen Beweis seiner friedlichen Bestimmung zu geben, sei Griechenland bereit, alle Fragen einem allgemeinen Schiedsgericht zu unterwerfen. Dieser Schiedsgericht müsste jedoch allgemein sein und gleichzeitig durch dieselben Schiedsrichter erfolgen.

**Sofia, 24. Juni.** Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, schlägt Bulgarien nunmehr vor, dass die Linie Dibra-Struga Bulgarien und die Linie Belas-Strasica Serbien zufallen solle. Dadurch würden die Differenzen über die kritischen und nicht kritischen Zonen beseitigt werden. Bulgarien erklärt jedoch nach wie vor, dass es auf der Einhaltung des Vertrages bestehen müsse. Gestern hatte der russische Gesandte eine längere Audienz beim König Ferdinand. In dieser Audienz gab der Gesandte nochmals den dringenden Rat, die bulgarische Regierung möge, bevor sie entscheidende Beschlüsse fälle, noch einige Tage warten. Vielleicht könne während der Zeit doch noch eine friedliche Lösung gefunden werden.

**London, 24. Juni.** Londoner Blätter bringen aus Sofia die Meldung, dass die bulgarische Regierung in dem Streit mit Serbien unter dem Druck der Mächte nachgegeben und den russischen Schiedsgericht angenommen habe.

### Serbien und Bulgarien.

**Belgrad, 24. Juni.** Die offizielle Samowprawa kommt auf die Streitfrage zurück über eine Vereinbarung zwischen dem serbischen und dem bulgarischen Generalstab, Bulgarien von seiner vertraglichen Verpflichtung, 100.000 Kämpfer auf dem Bardar-Kriegsschauplatz zu entsenden, zu entbinden, und stellt fest, es hätten drei Besprechungen zwischen den beiden Generalstäben nach dem Abschluss des Vertrages stattgefunden. Bei der ersten sei keine Änderung der Verpflichtungen erwähnt worden. Bei der zweiten hätten die Bulgaren eine Herabsetzung der Truppenzahl verlangt, die sie an dem Bardar zu schicken hätten. Die Serben hätten ihre Zustimmung hierzu verweigert. Man sei ohne Ergebnis auseinandergegangen. Bei einer dritten Besprechung, die nach der Mobilisierung stattgefunden habe, hätten die Bulgaren kategorisch erklärt, es sei ihnen unmöglich, 100.000 Mann nach Mazedonien zu schicken. Serbien habe sich bei der Wahl gestellt, entweder von dem Bündnisse zurückzutreten oder die ganze Aufgabe und das ganze Risiko auf jenem Kriegsschauplatz auf seine Schultern zu nehmen. Serbien habe anstatt 150.000 Mann 400.000 Mann mobil gemacht. Es bestreite nicht die verbindliche Kraft des Vertrages, die Bulgaren behaupten, wenn es auch eine Revision des Vertrages verlange.

### Zwei Todesurteile.

**Konstantinopel, 24. Juni.** Der Sultan hat zwölf über die Mörder Mahmud Scherif Paschas gefällte Todesurteile bestätigt. Auch Damiad Sahi Pascha wird hingerichtet.

### Ein Priesterhumbil.

**Paris, 24. Juni.** Der Pariser Abbé Bouquet hat ein Priesterhumbil gegründet, das, wie er einem Berichterstatter erklärte, eine demagogische Vereinerung sein und durchaus die kirchlichen Gesetze achten soll. Das Humbil würde namentlich jenen Priestern in der Provinz beistehen, die seit dem Trennungsgesetz vom Not verfolgt sind oder infolge von Mißhandlungen mit ihren Bischöfen nach Paris kamen, um sich hier eine Erlösung zu gründen.

### Aus Mexiko.

**Mexiko, 24. Juni.** Nichtamtlich wird gemeldet, dass die kaiserlichen die Stadt Durango eingenommen haben. Heber das Schicksal der Garnison der Regierungstruppen ist nicht bekannt.

### Das Unglück in Cherbourg.

**Cherbourg, 24. Juni.** Bei dem gestrigen Unglück auf dem Port Houle sind ein Feuerwerker und ein Arbeiter getötet worden; sieben Arbeiter wurden schwerverwundet und vierzig verletzt. Der beschuldigte Reumant wurde leicht verwundet.

Das heutige Blatt umfasst 16 Seiten.



**Gasthof Nickern.**  
Beste Kaffeestation im herrlichen  
staubfreien Garten. (Lila)  
Jeden Sonntag **Feine Ball-Musik**

**Gasthof Mockritz**  
Morgen  
Rittwood Tanz - Reunion  
K 142] Eintritt frei

**Sommerteste Vereine**

b. 2.60 an. Illum.-La-  
ternen, Dyd. n. 20 qf.  
an. Girlanden, St. n.  
10 qf. an. alle Som-  
merfesten. Kinder-

Bei **E. Koch Nachf.**, Galerie  
Str. 4.

in für den 6. Preis

Verkauf: Montag 8. 2. 1934  
ab 9. 11. Uhr. Montag 10. 2. 1934  
Telefon: 2222

2. Ende 8 Uhr **Mitgliedervers.**

am 8. Angeordnet: 1. **Die Wolfslürforge**. 2. **Die**  
3. **Die**. 4. **Die**. 5. **Die**. 6. **Die**. 7. **Die**. 8. **Die**. 9. **Die**. 10. **Die**. 11. **Die**. 12. **Die**. 13. **Die**. 14. **Die**. 15. **Die**. 16. **Die**. 17. **Die**. 18. **Die**. 19. **Die**. 20. **Die**. 21. **Die**. 22. **Die**. 23. **Die**. 24. **Die**. 25. **Die**. 26. **Die**. 27. **Die**. 28. **Die**. 29. **Die**. 30. **Die**. 31. **Die**. 32. **Die**. 33. **Die**. 34. **Die**. 35. **Die**. 36. **Die**. 37. **Die**. 38. **Die**. 39. **Die**. 40. **Die**. 41. **Die**. 42. **Die**. 43. **Die**. 44. **Die**. 45. **Die**. 46. **Die**. 47. **Die**. 48. **Die**. 49. **Die**. 50. **Die**. 51. **Die**. 52. **Die**. 53. **Die**. 54. **Die**. 55. **Die**. 56. **Die**. 57. **Die**. 58. **Die**. 59. **Die**. 60. **Die**. 61. **Die**. 62. **Die**. 63. **Die**. 64. **Die**. 65. **Die**. 66. **Die**. 67. **Die**. 68. **Die**. 69. **Die**. 70. **Die**. 71. **Die**. 72. **Die**. 73. **Die**. 74. **Die**. 75. **Die**. 76. **Die**. 77. **Die**. 78. **Die**. 79. **Die**. 80. **Die**. 81. **Die**. 82. **Die**. 83. **Die**. 84. **Die**. 85. **Die**. 86. **Die**. 87. **Die**. 88. **Die**. 89. **Die**. 90. **Die**. 91. **Die**. 92. **Die**. 93. **Die**. 94. **Die**. 95. **Die**. 96. **Die**. 97. **Die**. 98. **Die**. 99. **Die**. 100. **Die**. 101. **Die**. 102. **Die**. 103. **Die**. 104. **Die**. 105. **Die**. 106. **Die**. 107. **Die**. 108. **Die**. 109. **Die**. 110. **Die**. 111. **Die**. 112. **Die**. 113. **Die**. 114. **Die**. 115. **Die**. 116. **Die**. 117. **Die**. 118. **Die**. 119. **Die**. 120. **Die**. 121. **Die**. 122. **Die**. 123. **Die**. 124. **Die**. 125. **Die**. 126. **Die**. 127. **Die**. 128. **Die**. 129. **Die**. 130. **Die**. 131. **Die**. 132. **Die**. 133. **Die**. 134. **Die**. 135. **Die**. 136. **Die**. 137. **Die**. 138. **Die**. 139. **Die**. 140. **Die**. 141. **Die**. 142. **Die**. 143. **Die**. 144. **Die**. 145. **Die**. 146. **Die**. 147. **Die**. 148. **Die**. 149. **Die**. 150. **Die**. 151. **Die**. 152. **Die**. 153. **Die**. 154. **Die**. 155. **Die**. 156. **Die**. 157. **Die**. 158. **Die**. 159. **Die**. 160. **Die**. 161. **Die**. 162. **Die**. 163. **Die**. 164. **Die**. 165. **Die**. 166. **Die**. 167. **Die**. 168. **Die**. 169. **Die**. 170. **Die**. 171. **Die**. 172. **Die**. 173. **Die**. 174. **Die**. 175. **Die**. 176. **Die**. 177. **Die**. 178. **Die**. 179. **Die**. 180. **Die**. 181. **Die**. 182. **Die**. 183. **Die**. 184. **Die**. 185. **Die**. 186. **Die**. 187. **Die**. 188. **Die**. 189. **Die**. 190. **Die**. 191. **Die**. 192. **Die**. 193. **Die**. 194. **Die**. 195. **Die**. 196. **Die**. 197. **Die**. 198. **Die**. 199. **Die**. 200. **Die**. 201. **Die**. 202. **Die**. 203. **Die**. 204. **Die**. 205. **Die**. 206. **Die**. 207. **Die**. 208. **Die**. 209. **Die**. 210. **Die**. 211. **Die**. 212. **Die**. 213. **Die**. 214. **Die**. 215. **Die**. 216. **Die**. 217. **Die**. 218. **Die**. 219. **Die**. 220. **Die**. 221. **Die**. 222. **Die**. 223. **Die**. 224. **Die**. 225. **Die**. 226. **Die**. 227. **Die**. 228. **Die**. 229. **Die**. 230. **Die**. 231. **Die**. 232. **Die**. 233. **Die**. 234. **Die**. 235. **Die**. 236. **Die**. 237. **Die**. 238. **Die**. 239. **Die**. 240. **Die**. 241. **Die**. 242. **Die**. 243. **Die**. 244. **Die**. 245. **Die**. 246. **Die**. 247. **Die**. 248. **Die**. 249. **Die**. 250. **Die**. 251. **Die**. 252. **Die**. 253. **Die**. 254. **Die**. 255. **Die**. 256. **Die**. 257. **Die**. 258. **Die**. 259. **Die**. 260. **Die**. 261. **Die**. 262. **Die**. 263. **Die**. 264. **Die**. 265. **Die**. 266. **Die**. 267. **Die**. 268. **Die**. 269. **Die**. 270. **Die**. 271. **Die**. 272. **Die**. 273. **Die**. 274. **Die**. 275. **Die**. 276. **Die**. 277. **Die**. 278. **Die**. 279. **Die**. 280. **Die**. 281. **Die**. 282. **Die**. 283. **Die**. 284. **Die**. 285. **Die**. 286. **Die**. 287. **Die**. 288. **Die**. 289. **Die**. 290. **Die**. 291. **Die**. 292. **Die**. 293. **Die**. 294. **Die**. 295. **Die**. 296. **Die**. 297. **Die**. 298. **Die**. 299. **Die**. 300. **Die**. 301. **Die**. 302. **Die**. 303. **Die**. 304. **Die**. 305. **Die**. 306. **Die**. 307. **Die**. 308. **Die**. 309. **Die**. 310. **Die**. 311. **Die**. 312. **Die**. 313. **Die**. 314. **Die**. 315. **Die**. 316. **Die**. 317. **Die**. 318. **Die**. 319. **Die**. 320. **Die**. 321. **Die**. 322. **Die**. 323. **Die**. 324. **Die**. 325. **Die**. 326. **Die**. 327. **Die**. 328. **Die**. 329. **Die**. 330. **Die**. 331. **Die**. 332. **Die**. 333. **Die**. 334. **Die**. 335. **Die**. 336. **Die**. 337. **Die**. 338. **Die**. 339. **Die**. 340. **Die**. 341. **Die**. 342. **Die**. 343. **Die**. 344. **Die**. 345. **Die**. 346. **Die**. 347. **Die**. 348. **Die**. 349. **Die**. 3



phobias

# ibacher

**berg!**  
b die freundliche Unterstützung,  
der Stabeberger organisierten  
dieser Bierdurch unser Herz.

und (Bezirk Dresden).  
Gruppe II.

gen vor Einkauf mein enormes  
ver. Nur solide Fabrikate.  
lung von ca. 15 Einrichtungen  
von 250 bis 3000 Mark.  
Karlshagen 31. I. 34

**Swald Machts.**

obieren Sie  
itte unsre

institute  
Brahm- 124

**utter** Pfund **I**

01001

er billig

**Verkauf!**

Rippe, Pfund	80
Rippe, Pfund	95

..... Pfund 1.10

(a) Pfund 60d

... Pfund 70<sup>4</sup>

en . . Pfund 25/-  
 ge . . Pfund 45/-  
 16

... Stück 16,  
aben n. Kemp. Dresden.



gefördert von der  
Gemeinschaft

ungsgemeinschaft

ungsgemeinschaft



DFG





## Zum Tode August Kadens

In der Totenhalle des Friedrichstädter Krankenhauses liegt Genosse August Kadens in schlichter, würdiger Weise aufgebahrt. Dunkel Grün, Blumen und mildes Kerzenlicht umgeben den Sarg, der den teuren Toten birgt. An der Bahre nehmen heute die Angehörigen und die engsten Freunde des Toten den letzten Abschied. Dann wird der Sarg geschlossen. Die Kranzspenden, die Freunde und Gönner des Verstorbenen des Toten, Vereine und Deputationen brachten, sind heute abend und morgen früh bis zur Abholung im Saale des Volkshauses aufgestellt.

### Die Beerdigung.

Am Sarge in der Totenhalle versammeln sich morgen zur Beerdigung außer den Angehörigen des Toten die Vertreter des Parteivorstandes, der Reichstags- und Landtagsfraktion, der Landesvorstand, der Bezirksvorstand, die Stadtverordneten, die Vorstände der drei Kreise, die Redaktion und die Vertreter des Verlags zum Abschied von dem verstorbenen Kämpfer. Ansprachen werden in der Leichenhalle nicht gehalten.

Die Parteigenossen des 4. Kreises versammeln sich morgen um 8 Uhr auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz am Japanischen Palais und marschieren von dort 3 1/2 Uhr ab über die Marienbrücke durch die Magdeburger Straße, Weißeritzstraße, Friedrichstraße nach dem Friedrichstädter Krankenhaus.

Die Parteigenossen des 5. Kreises nehmen 3 1/2 Uhr in der Bräuerstraße Aufstellung.

Die Parteigenossen des 6. Kreises versammeln sich 3 1/2 Uhr in der Weißeritzstraße.

Die Parteigenossen werden gebeten, den Anordnungen der an den Armbinden kennlichen Ordner während der Aufstellung und auf dem Wege nach dem Krematorium Folge zu leisten. Das Mitführen von Fahnen ist nicht gestattet worden.

### Der Aufmarsch des Zuges.

Um 4 Uhr setzt sich der Trauerzug in Bewegung. Die

Parteigenossen des 4. Kreises eröffnen den Zug vor dem Leichenwagen. Hinter ihnen fährt der Wagen mit dem Sarge. Die Teilnehmer des Parteivorstandes, der Reichstags- und der Landtagsfraktion, die Stadtverordneten, der Landesvorstand, der Bezirksvorstand und die übrigen Vorstände, Deputationen und Delegierten. Hinter ihnen fahren die Begleitwagen mit den Angehörigen, denen sich die Parteigenossen des 5. und 6. Kreises anschließen.

Der Zug bewegt sich durch folgende Straßen: vom Friedrichstädter Krankenhaus durch die Friedrichstraße, Marxstraße, Ostro-Allee, Stallstraße, Große Bachstraße, am Hotel Bellevue vorbei zum Terrassenufer, Gerichtsstraße, Holbeinstraße, Krenkelsstraße, Vorschbergstraße, Schandauer Straße, Behlener Straße bis zum Krematorium.

### Die Feier im Krematorium.

Im Park des Krematoriums empfängt der Arbeiter-Sängerbund, der nicht am Zuge teilnimmt und sich schon vorher im Urnenhain aufstellt, den Zug mit einem Liede. Da nicht alle, die sich am Zuge beteiligen, in der Halle Platz finden können, schwenken die Parteigenossen des 4. Kreises ab und nehmen an der der Elbe zu gelegenen Seite des Parks Aufstellung. Der Zutritt zur Halle ist nur gegen Karte gestattet. Die Karten für die Delegierten sind nach Legitimierung in der Expedition der Dresdner Volkszeitung abzuholen. Der Vorstand des 4. Kreises tritt an der Spitze des Zuges die Halle des Krematoriums. Dem Sarge folgen nur die Angehörigen, die Vorstände und die übrigen Delegationen. Alle anderen Parteigenossen, also auch die des 5. und 6. Kreises, stellen sich an der rechten Seite des Balbes auf.

In der Halle vollzieht sich die schlichte Feier. Sechs Redner werden dem toten Genossen die letzten Worte aller bringen, die ihn kannten, die ihn schätzten, die mit ihm kämpften und denen der Tote allezeit ein treuer Genosse und Freund war. Gesang und Orgelspiel beschließen die schlichte Feier.

## Stadt-Chronik.

### Lust- und Schwimmbad-Eröffnung in Cotta.

Der Naturheilverein Dresden-West, Mitglied des Zentralverbandes der Arbeiter-Naturheilvereine, hat am Sonntag sein in der Vorstadt Cotta gelegenes neues Lustbad und Schwimmbad der Öffentlichkeit übergeben. Das vom Rat der Stadt Dresden gepachtete Areal umfaßt 21 000 Quadratmeter und ist aufgeteilt in 61 Schrebergärten, einen geräumigen Spielplatz für Kinder, ein Damen- und Herren-Lust- und Lichtbad und ein 900 Quadratmeter umfassendes Schwimmbassin. Ein Platz von 3000 Quadratmeter ist übergeben in Benutzung des Arbeiter-Turnvereins Briesnitz-Cotta, der beabsichtigt, auf diesem Gelände Bewegungsspiele zu veranstalten.

Die gesamte Anlage des Vereins, die am Sonntag morgen den zahlreich erschienenen Gästen gezeigt wurde, macht einen sehr freundlichen Eindruck. Es ist ein lauschiges Plätzchen, welches sich der Verein für seine Bäder ausgesucht hat, umgeben von hohen Linden und inmitten zahlreicher Weidenbäume. Besonders Interesse erweckte bei den Besuchern das Schwimmbassin, das zweifellos gerade in der Vorstadt Cotta einem besonderen Bedürfnis entspricht. Die gesamte Anlage kostet den Verein etwa 18 000 M. Um dieses hohe Anlagekapital zu verzinsen, ist es natürlich notwendig, daß das im Interesse der Volksgesundheit wichtige Institut auch in weiten Kreisen Beachtung findet. Insbesondere die Arbeiterchaft von Cotta, Briesnitz und Lößnitz dürfte hier Gelegenheit finden, die abgearbeiteten Glieder in Lust und Wasser aufzufrischen. Da der Monatsbeitrag nur 35 Pf. beträgt, wodurch eine wesentliche Ermäßigung der sonstigen Eintrittspreise für die Bäder erzielt wird, ist es auch dem Kinderarmutsmittel möglich, das Institut in Anspruch zu nehmen. Es haben jedoch auch Nichtmitglieder das Recht, gegen mäßige Eintrittspreise das Bad aufzusuchen. Zu erreichen ist es vom Rathaus in Cotta in 3 Minuten.

### Ein Unternehmer als Rentenjäger!

Bisher war man es nur gewöhnt, von einer Rentenschuld und Rentenjäger der unfallverletzten Arbeiter in gewissen Kreisen reden zu hören, eine Behauptung, die in der Regel jeder Berechtigung entbehrt. Vor dem Landesversicherungsamt in Dresden kam aber nun ein Renten-kreis zur Verhandlung, in der ein landwirtschaftlicher Unter-

nehmer als ein Rentenjäger entlarvt wurde. Der Gutbesitzer Gärner aus Rurtersdorf bei Ostroh hatte bei der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Rentenansprüche erhoben, indem er behauptete, am 10. Juni 1912 beim Eggen durch einen Sprung des Handpferdes sich einen rechtsseitigen Leistenbruch zugezogen zu haben. Trotz heftiger Beschwerden hat er weitergearbeitet, und erst als diese nicht nachließen, sich in ärztliche Behandlung begeben. Er ist mit seinem Anspruch von der Berufsgenossenschaft, die den Betriebsunfall nicht für erwiesen hält, abgewiesen worden. Zwei Ärzte haben nämlich übereinstimmend einen Bruch überhaupt nicht feststellen können, wohl ist aber der Kläger rechts und links mit einer Bruchanlage behaftet, die jedoch mit dem geschädigten Betriebsorgane nichts zu tun hat. Vom Oberversicherungsamt waren ebenfalls abgewiesen, legte G. Rekurs beim Landesversicherungsamt ein, in dessen Ergebnis ohne Erfolg. Aus den Akten wurde festgestellt, daß der Kläger in den letzten Jahren schon zweimal verunfallt ist, in den Genuss einer Unfallrente zu gelangen, indem er jedesmal einem Betriebsunfall zum Opfer gefallen sein wollte. Er war aber niemals imstande, den Betriebsunfall nachzuweisen, und so ist es immer bei den Versuchen geblieben. Nun ist er zum drittenmal abgewiesen! Der gute Mann hat entschieden Bedr. Inzwischen will er aber schon wieder einen neuen Betriebsunfall erlitten haben, wegen dem ein Rekursverfahren schon wieder im Gange ist. Bei sämtlichen Unfällen hat der Mann aber noch keinen ernstlichen Schaden erlitten.

**Städtische Zentralbibliothek.** In der Hauptstelle der Städtischen Zentralbibliothek, Waisenhausstraße 9, findet vom 26. Juni bis zum 5. Juli vormittags von 10—11 Uhr, nachmittags von 4—8 Uhr eine Ausstellung der letzten Neuerwerbungen der belehrenden und unterhaltenden Literatur statt. Vormerkungen werden bei der Besichtigung angenommen.

**Walderholungsklassen.** In dieser Woche findet am Mittwoch, 4. Juli, nachmittags, in der Stätte des Plauenischen Grundes eine vielversprechende musikalische Darbietung statt, veranstaltet von Fräulein Lotte Kreidler und Herrn Hofjahnarzt Hille. Die Klavierbegleitung hat Frau Wölfe. — In Trachenberge spricht um 6 Uhr Herr Dr. Clemm über Fleischnot und Lederkrise. — In der Stätte für Schulkind in Trachenberge können am 1. Juli wieder einige Plätze besetzt werden. Die Gesamtkosten für einen Aufenthalt während des Monats Juli betragen 28,80 M. Dazu kommen die Kosten einer Schüler-Monatsfahrkarte der Straßenbahn (3—5 M.). An den Schul-

tagen werden Mittagessen, Bepfer, Abendessen (Wahl), am Sonntag und Festtagen auch Frühstück gegeben. Die Beaufsichtigung der Kinder bei Schularbeiten und Spiel über die freiwilligen Helferinnen aus. Wohltätig bietet sich Gelegenheit, für eine kleine, aber heilsame Sommerfrische auf einen Monat zu verschaffen. Einige halbe Freistellen sind wieder gestiftet worden. Anmeldungen und Gesuche an Dr. O. Kaiser, Quer-Allee 4, oder Lehrer A. Rehnert, Melanchthonstraße 7.

**Ertrunken.** Montag vormittag sprangen von den bei Bahkes liegenden Klößen zwei Mann angekleidet in die Elbe. Während einer durch fremde Hilfe gerettet wurde, ertrank der andere.

**Dresden-Kreisrat.** Die Sitzung des 5. Bezirks beginnt schon um 8 Uhr, nicht um 8 1/2 Uhr, wie im gestrigen Infret angegeben.

**Gruppe Leuben-Niedersehlitz.** Der Kinderausflug für die Gruppe fällt morgen Mittwoch aus.

**Kinderschuttkommission Pieschen-Trachenberge.** Der Ausflug fällt diese Woche aus.

**Kinderschuttkommission Striesen.** Der Ausflug fällt diese Woche aus.

**Arbeitersekretariat.** Wegen der Einklassierung des Genossen August Kadens bleiben die Bureaus der Arbeitersekretariate in Dresden und Döhlen am Mittwoch den 26. Juni nachmittags geschlossen.

### Aus der Umgebung.

**Briesnitz. (Gemeinderatsitzung.)** Beim Besuche der Eigenheimfödelung wurden unter den üblichen Bedingungen genehmigt. Ein Besuch von Poppe u. Bader (Neubau Reihner Straße), Einbau von weiteren zwei Läden, wurde mit der Bedingung, dem gegenüberliegenden Besitzer das etwa mehr abzutretende Straßenland zu entschädigen, genehmigt. Ein Besuch der Eigenheimfödelung um Ausnahmebewilligung der seitlichen Grenzabstände wurde nach längerer Debatte gegen 4 Stimmen abgelehnt. Als Impulsart wurde Dr. Nödel gewählt. Derselbe ist auch Schularzt. Ein Besuch des Militärvereins China- und Afrika-Vereins um einen Beitrag zur Errichtung eines Denkmals, wurde einstimmig abgelehnt. In einer am Donnerstag stattgefundenen Verbandssitzung wurde die Gründung einer allgemeinen Ortskrankenkasse für die Orte Briesnitz, Leutenitz und Omschütz beschlossen. Als Vorsitzender für den Verband wurde Gemeindevorsteher Winkler-Briesnitz, als Stellvertreter die Gemeinderatsmitglieder Pohl-Leutenitz und Piesch-Omschütz gewählt. Ferner gehören der Verbandssammlung noch an die Gemeinderatsmitglieder Schwent und Gräf, Briesnitz und Verthold, Leutenitz. Zur Beratung der Satzung sollen noch der Vorsitzende und Kassierer der Ortskrankenkasse Briesnitz zugezogen werden. Der hier vor einiger Zeit neu gegründete Ortsverein hatte in einer der letzten Gemeinderatsitzungen ein Gesuch um Teilung der Klasse der Unanfähigen eingereicht. Das Gesuch wurde dem Verwaltungsausschuss überwiesen und beschlossen, Erhebungen über die Verteilung der aufzubringenden Steuern anzustellen. Die Erhebungen lagen jetzt zum Teil vor, danach werden aufgebracht von den Unanfähigen rund 40 000 M. und von den Anfähigen inkl. Grundwertsteuern 27 000 M. Auch ein Antrag zur gerechten Verteilung von Steuern und Pflichten, denn die Unanfähigen haben nur ein Viertel der Vertreter im Gemeinderat.

**Obergörz.** Die Obstverpachtung findet am 18. Juli statt. Die Obstbäume werden parzellenweise versteigert. — Die Gemeinde wird nach einem Beschluß des Gemeinderates die Heinrichstraße erst dann übernehmen, wenn sie von einem Fachmann hergestellt und vom Amtsführermeister für gut befunden worden ist.

**Kolkhün-Gittersee.** Wegen der Angliederung der Zentral-Arbeiterbibliothek Plauenischer Grund an die in Dresden bestehende Zentral-Arbeiterbibliothek bleibt unsere Ausgabestelle im Juli und August geschlossen. Infolge der damit verbundenen Umarbeitung des technischen Ausleihapparates sowie zwecks Ausarbeitung eines neuen Bücherverzeichnis müssen sämtliche aufstehende Bücher spätestens Freitag den 27. Juni, abends 6 1/2—8 Uhr, bestimmt zurückgebracht werden.

**Pöschappel, 4. Bezirk.** Den Genossinnen zur Kenntnis, daß unter nächster Diskussionsabend Donnerstag den 26. Juni, abends 9 Uhr, im Bad Glöckner in Pöschappel stattfindet. Eine zahlreiche Beteiligung wird erwünscht.

**Niederhermsdorf.** Mittwoch den 25. Juni findet in Jahn's Restauration öffentliche Gemeinderatsitzung statt.

**Wilsdruff.** Am Montag früh hat sich im hiesigen Bezirkskrankenhaus der Arbeiter Heinrich Bogel mittels seines Hemdes erhängt. Er hatte vor einigen Tagen seine Schwägerin Schürmer ermordet und sollte am Montag vormittag nach Dresden übergeführt werden.

**Oberlößnitz.** An einem 18-jährigen Mädchen wurde hier am Sonntag ein Selbstmordversuch verübt. Es lernte in einem Vergnügungstokal in der Gegend einen jungen Mann kennen, der den Vorschlag machte, mit ihm einen Spaziergang nach der Friedensburg zu unternehmen. Das Mädchen nahm diesen Vorschlag auch an, da der junge Mann einen günstigen Eindruck machte. Bis gegen halb 10 Uhr hielten sich die beiden auf der Friedensburg auf, dann wollte der Mann das Mädchen nach dem Bahnhof bringen. Er führte es aber auf dem Verschönerungswege nach dem Beringraben zu. Unterwegs hielt er unstillbare Anträge, fiel plötzlich über seine Begleiterin her und suchte sie zu vergewaltigen. Auf die Hilferufe und die kräftige Abwehr des Mädchens ergriff er die Flucht, wobei er Handtasche und Mantel der Heberfallen mitsah. Ein herbeigeeilter Gutsbesitzer der Nachbarschaft brachte die beiden Erschöpfte, die blutende Frauwunde am Gesicht und Hüften hatte, nach Radebeul. Demerski sei noch, daß alle Verwundungen telephonisch Polizei herbeigeholt, schließlich.

**Bühlau.** Mittwoch den 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Rathauses öffentliche Gemeinderatsitzung. Aus der Tagesordnung erörtern wir: Bericht und Richtsprache der Sparkasseneinsparung für 1912, Beschließung des Seidenmühlwegs, Neuordnung der Straßenarbeiterlöhne, Weiterführung der Straßenbahnlinie 2 durch die Grundstraße in Lohchwitz und durch die Lohchwitz Straße in Bühlau, Festsetzung der Ortspreise für häusliche Dienstleistungen.

**Radebeul.** Am Montag nachmittag um 4 Uhr war hier auf dem Jagdwege eine Windhose zu beobachten, die eine starke viereckige Säule, einen neu errichteten Baum und eine Laube umriß. Aufgebängte Wästelstücke wickelten Gunderde von Weitem hoch in die Luft und wurden fortgeführt.

Mittw So  
Offenb  
cl  
Da  
guter  
erwerb  
des re  
Zachse  
berge  
ne  
Extr  
unbe  
Ker  
P  
in m  
berf  
Zu  
Nach auf  
Wachlung  
norm  
meinen  
allteig  
samie der  
große  
geantert.  
Die  
Stammes  
Otto H  
[A 172]  
Si  
mit der Herr  
Kaleracks vo  
Lackfabrik  
Herten mit  
durch Rudol  
Berich  
Schlichter  
gattung und  
Betrieb  
L. Kader  
A. Schen  
D. 26  
B. Puden  
841  
C. Kallen u.  
Hilde  
229  
D. Pfeffer  
H. 841 ex  
413  
H. Schale  
209  
H. Schewe  
2416  
Gesamt  
Wachlung  
Schulen mittel  
Karte 1; Schale







3. Die  
auf 1. erho  
4. Die  
Johanna: Die  
hatte getrag  
Die Benennung  
5. Der  
auftrag, das  
herrsche, das  
a) der W  
Bertr  
Willkür  
b) die f  
Tiel) 2  
lung et  
Der An  
Der 2  
Pankas, der  
Montag zu  
was nicht gem  
6. Die m  
entspricht einer  
heutige Entlo  
an den letzten  
Montage nicht  
Entlohnungsan  
die Kosten sin  
fanden. Der  
habe eine 2  
hätten würden  
werden wird je  
werden, 2000  
kosten ist der  
Die Preise gew  
das total was  
la ganz schön  
la haben die  
aufmerksam z  
haltung an die  
weisen und th  
Dram 2  
Begründung un  
wird, die jetzt



## Zweiter Verhandlungstag.

**Wir führen Wissen.**

Deutschen Forst



aber es scheint, daß man uns die Frauenversammlung für die Gesamtpartei zum allgemeinen Parteitag nehmen will. Mit der Berliner Liebermann sind auch die Bremer Genossinnen nicht einverstanden. Auch wir sind stark und kräftig und es ist nicht nötig, daß immer alles von Berlinerinnen gemacht wird, die Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen sind nicht gleich und können von den Berlinerinnen nicht so beurteilt werden, ebenso wenig wie von einem Landessekretär. Auch die Forderung, daß die Parteipresse sowie die Bildungs- und Jugendauskünfte im Bezirksvorstand verstreut sein sollen, ist nicht unbedeutend, denn alle diese Sonderinteressen müssen in der Leitung vertreten sein, um Anregungen geben und mit zu beschließen. Auch unter Antrag unter B ist berechtigt. Im vorigen Jahre war von unserer Volkstimme wenigstens Rede hier. Deshalb muß er im Reichstag sein und nun ist niemand hier. Wenn aber über die Plätter hergefallen wird, so muß doch einer da sein, um sie zu verteidigen. — Die Anregung Endermanns, den Frauen der tätigen Parteigenossen noch ein besonderes Denkmal zu setzen, war unbedeutend. Genosse Reibel konnte von seiner Frau wohl sagen, sie hat mir im letzten Jahr gegeben. Das bezog sich auf die Zeit des Sozialistengesetzes. Heute leben aber unsere führenden Genossinnen in guten Verhältnissen und deshalb braucht man nicht so zu sprechen wie Endermann es getan hat. Wer es gut mit den Frauen meint (Reißer), wir sind keine Scherzartikel, Genossen, also wer es ernst und gut mit uns meint, der stimme unserem Antrag zu. Die Begründung der Anträge ist damit erledigt, es wird in die Debatte eingetreten.

Genossin Pallauf-Vollpelt: Daß auch die männlichen Mitglieder sich mit der Frauenfrage viel beschäftigt haben, bezeugen wir nicht, sie haben es aber nicht so getan, wie wir es gewünscht hätten, denn sonst wäre schon längst eine Genossin an den Platz getreten. Am 12. Kreis wurden wir schon lange dahin, eine Frau in die Bezirksvorstände zu bekommen. Die Männer sprechen von einer Sonderstellung und sagen, sie würden für das allgemeine Wohl. Aber noch besser kann das in Gemeinschaft mit den Frauen gesehen. Daß die Frauen nicht dazu befähigt seien, ist eine grundsätzliche Behauptung. (Zuruf: Das hat auch niemand behauptet!) Rechtens wäre es dann um so notwendiger, die Frauen für die Partei mit heranzuziehen. Unsere Zahl — wir tragen 30 Proz. aller Mitglieder — gibt ebenfalls ein Recht zu unserer Forderung. Wir sind doch nun einmal zwei Geschlechter und deshalb sollte man hier nicht von einem Sonderrecht reden. Wenn der Genosse Reibel ein Wort gebraucht hat, daß hier so viel belacht worden ist, so muß ich das beklagen.

Reißer: Wir, die Landesleitungen, empfehlen die Annahme des Antrages 1, weil dadurch eine unnötige Degradierung der Bildungsvereinigungen eintreten würde. (Sehr richtig!) Die Kräfte, die man verlangt, werden durch Annahme eines Antrages auch nicht aus dem Boden geschöpft. Soweit die Kräfte vorhanden sind, werden sie auch jetzt schon vermittelt und zur Verfügung gestellt. Antrag 2 will den Landesvorstand aus dem Grunde verkleinern, um eine Frau hinzuzufügen. Das verwerfe ich prinzipiell. Dringende Gründe zur Vergrößerung des Landesvorstandes liegen nicht vor. Daß keinerlei Beschwerden und Klagen gekommen sind, ist allerdings nicht richtig; manches hätte auch anders und besser gemacht werden können. Darum gerade wollen wir einen Landesvorstand schaffen. Durch ein weiteres Mitglied wird der Landesvorstand nicht aktionsfähiger, wohl aber durch die Einlösung von mechanischen und Schreibarbeiten. Reibel hat gesagt, wir nehmen in Sachen in Bezug auf die Organisation eine andere Stellung ein wie einige süddeutsche Staaten, die keinen Bezirksvorstand haben; dort muß der Landesvorstand die Aufgaben der Bezirksvorstände mit erledigen. Bei uns aber werden alle größeren Fragen vom Landesvorstand mit den Bezirksvorständen gemeinsam durchgeprochen, der Landesvorstand ist also hier im Großen und Ganzen das ausführende Organ dessen, was wir mit ihm beschließen haben. Wir haben also eine Organisation nicht von drei, sondern von 15 Personen, das dürfte genügen. Dieser Zustand entspricht unseren organisatorischen und agitatorischen Bedürfnissen. (Sehr richtig!) Die Bezirks sind dadurch an jeder Arbeit beteiligt und über dieses Verhältnis sind Klagen nicht laut geworden. In dieser Richtung hat Reibel wesentlich von den Wünschen des Chemnitzer Bezirks gesprochen. — Der Antrag 3 hätte ich dringend ablehnen, weil er an die Stelle von etwas Positivem etwas Negatives setzt, es würde dadurch allen möglichen Verbindlichkeiten in der tatsächlichen Organisation Tür und Tor geöffnet werden. Neben einem bestimmten Vorschlag der Veränderung des § 3 ließe sich reden, aber man kann es nicht jedem Bezirk überlassen, hier eine Umrüstung einzuführen, dort einen anderen Vorstoß zu machen. (Sehr richtig!) Wir sind uns alle einig, daß der Bezirksvorstand an einem Ort bleiben muß. (Sehr richtig!) Da hat es also keinen großen praktischen Wert, dem Genossen der anderen Seite ein Wahlrecht für ihn zu geben, das doch nur formell sein würde, während den größten Teil das Wahlrecht dadurch stark beschränkt würde. Ferner hat der Chemnitzer Parteitag einen Antrag auf Veränderung des Delegationsrechts dem Landesvorstand und dem Ausschuss überreicht. Auch die Schiedsgerichtsfälle werden wahrscheinlich neu und anders geregelt werden müssen. Auch andere Anregungen auf Veränderung der Organisationsstruktur werden in Jena wohl kommen. Der Landesvorstand und der Ausschuss haben nun beschließen, nicht dem Jenaer, sondern dem nächsten Parteitag neue Vorschläge zu unterbreiten. Dann kann es leicht geschehen, daß die Landesorganisationsverhältnisse dem neuen Statut angepaßt werden müssen, und schon aus diesem Grunde ist es nicht richtig, jetzt etwas zu ändern. — Der Landessekretär wird Arbeit genug haben, und den Landesvorstand zu größerer Aktivität freimachen. Reibel hat demangelt, daß der Antrag hier so plötzlich gekommen ist. Wir haben und schon früher mit ihm beschäftigt, und damals wachte ich mich dagegen, weil die Zeit für ihn noch nicht da war. Jetzt aber ist es da. Der Antrag hat sich erst durch die Diskussion über die anderen Anträge ergeben. Auch deshalb ist nicht, wie man dem Landesvorstand und den Bezirksvorständen ein Recht nehmen will, das jedes andere Mitglied hat. (Sehr richtig!) Wollen wir den Anträgen 4a und 4b folgen, besonders den unter a, so hätten wir nicht eine Organisationsinstanz, die im Interesse der Partei zusammengefaßt ist, sondern einen Delegiertenkörper aus allen möglichen Organisationen. Warum sollte man es überdies nicht auch im Reich ebenso machen, also auch den Landesvorstand in solcher Weise zusammensetzen. Man hat dann die Wahl zum Landesvorstand in Vergleich gezogen mit dem Parteiausschuss. Dieser ist aber keine Sonderbehörde, die aus Wahlen hervorgeht. Auch ein Wort zur Frauenfrage! Die an sich berechtigten Forderungen der Parteigenossen können dazu führen, Sonderorganisationen zu schaffen. Das wollen wir nicht! Ihre Argumentation geht eigentlich dahin, daß eine besondere Frauenfrage innerhalb der Partei besteht. Das ist aber nicht der Fall. Im Dresdner Bezirk haben wir alles genau, um den berechtigten Wünschen der Frauen in agitatorischer Beziehung gerecht zu werden. Die Genossinnen sind mit ihren Wünschen auch nicht ein einziges Mal an den Bezirksvorstand herangetreten. (Sehr richtig!) Damit befähigen sie, daß sie ganz gut mit dem gegenwärtigen Zustande zurechtkommen.

Es ist ein genügend unterstützter Entschlußantrag eingelaufen: Die Unterzeichneten beantragen, den Antrag 1 dem Landesvorstand zur Berücksichtigung zu überreichen.

Genossin Pallauf-Vollpelt: Wir haben nie bestritten, daß der Landesvorstand und die Bezirksvorstände ihre Pflicht tun. Weil wir aber unser solches Anhangsorgan verkleinern wollen, ist es notwendig, daß eine Frau dort vorhanden ist, um jederzeit zu einer der Frauen betreuenden Frage Stellung nehmen zu können. Die Genossinnen sind zu sehr belastet, und deshalb mußten solche Fragen manchmal vertagt werden. Wenn Endermann sagt, wir haben nichts dagegen, daß eine Frau in den Landesvorstand hineinkommt, aber es ist nicht notwendig, so kommt einem das so vor, als ob man von Schlagen umwerfen ist, die sich hin- und herwinden. Es ist notwendig, daß in allen Instanzen eine Frau vorhanden ist. (Zuruf: Warum denn?) Kurzum: Ich muß eine befähigte Frau hineingefügt werden, aber die Befähigung kommt doch erst durch

praktisches Mitarbeiten zum Vorschein. Endermann wachte sich dagegen, daß man den Frauen der Spitzen Bedürfnisse macht, daß sie nicht anwesend sind. Bei unserem letzten Parteitag fehlten fast sämtliche Frauen der Spitzen. Nicht einmal diese Gelegenheit haben sie benutzt, um für unser Recht einzutreten. Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Frauen draußen sagen: diese Frauen sollen uns ein Vorbild geben, also bringt die doch erst einmal in die Verhandlungen. Daß diese Frauen auch in der Parteipresse ganz aufzuweisen, erkennen wir an, aber es und zu mühe es doch möglich sein. Endermann sagt, auch die finanzielle Frage spiele eine große Rolle. Unsere Führer sind aber doch so gestellt, daß es auf die 80 Pf. Monatsbeitrag nicht ankommt. Auch wir müssen ja diese Beiträge von unserem Aufgebot zahlen.

Vollpelt-Vollpelt: Der Antrag 2 bedeutet ein Verbot für die Frauen. Unsere Parteigenossen können heute bereits in vorgeschlagen werden, es brauchen nur geeignete Personen im Wege. (Sehr richtig!) Wogegen ich mich wehre, das ist, daß der Bezirksvorstand der Partei gehört, daß einzelnen Teilen der Parteipresse einflußreich sein sollen. Wie ist denn überhaupt diese Auffassung entstanden? Nachdem 1908 durch das Reichsgesetz eine Reihe von Landesvorständen der Frauen die Möglichkeit gegeben war, zusammen mit den Männern tätig zu sein, wurde der deutsche Parteitag zunächst nach einem Ausnahmefall, weil er die Organisationsfrage noch nicht lösen konnte. Es wurde das Frauenbureau geschaffen, und erst auf dem Leipziger Parteitag wurde das Organisationsstatut dahin abgeändert, daß eine Frau dem Landesvorstand als Stellvertreterin angeschlossen wurde. Bei der Reorganisation des Parteistatuts in Chemnitz hat die Organisationskommission darauf hingewiesen, daß die Genossinnen in dem Parteivorstand als Stellvertreterin der Funktionären gleichgestellt wird, und daß das Frauenbureau auf eine einheitliche Organisation aufbauen, und daß wir keine Sonderrechte schaffen wollen, und diesen Gesichtspunkt der Demokratie bitte ich Sie im Auge zu behalten und den Antrag abzulehnen.

Nun zu den anderen Anträgen. Es muß ja gegeben werden, daß wir dieselbe ungünstig mit dem Landesvorstand gesehen sind, weil er seine Aufgaben nicht so erfüllt hat, wie es unseren Anschauungen entspricht. Aber wenn man sich den Werdegang der Partei im letzten Jahr ansehen, dann wird man einsehen, daß an den Landesvorstand ganz andere Aufgaben übertragen, und aus diesem Grunde sind wir schon vor mehreren Jahren zu der Überzeugung gekommen, daß im Landesvorstand eine Kraft vorhanden sein muß, die die Erledigung dieser Aufgaben wahrnimmt. Es können eben nicht alle Arbeiten mehr im Redaktionsbereich werden.

Wir haben eine Landtagsfraktion von 28 Mann, wir haben eine veränderte Gemeindeverfassung, wir haben andere veränderte Situationen in Sachsen, die die Mitarbeit der Gesamtpartei erfordern. Aber diese Mitarbeit kann nur erreicht werden, wenn wir den Vorstoß das gesamte Material zugänglich machen und wenn wir für dieses weite Gebiet den Landesvorstand aktionsfähig machen können und wollen, dann müssen wir ihn nicht an Mitgliederzahl, sondern an Arbeitskraft vergrößern. (Sehr richtig!) Deshalb würden wir die einzige Lösung der Frage in der Annahme eines Sekretärs. Der Parteitag hat der Parteileitung abgelehnt. (Reibel!) Nein, nicht werden sollen, keine Spezialisten der Frauenangelegenheiten, sondern Angelegenheiten der Gesamtpartei sind. (Sehr richtig!) Wir können es nicht dem Zufall überlassen, wenn es notwendig ist, daß die Frauen zu bestimmten Fragen Stellung nehmen, ob eine Frau gewählt wird, sondern da müssen wir dafür sorgen, daß alle Teile vertreten sind. Das ist ein Standpunkt, der von der Demokratie hergeht.

Die von Chemnitz demagogische Forderung des Statuts entspricht einem falschen lokalen Bedürfnis. Schon heute kann ohne Veränderung des Statuts das erfüllt werden, was die Chemnitzer wünschen, wenn man davon ausgeht, daß das Organisationsstatut der Landespartei nur eine Organisation des Statuts der Gesamtpartei ist. Das Organisationsstatut der Gesamtpartei sagt in § 3: Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationsstellen zusammen, deren die selbständige Führung der haben wir bereits festgelegt, welche Aufgaben der Landesvorstand hat, und wir haben gesagt, wie wollen die Wahl auf demokratische Grundlage stellen und den Genossen am Orte des Bezirks das Recht geben, die Landesleiter zu wählen. Damit haben wir der Demokratie den nötigen Boden gegeben. Also alles, was die Genossinnen haben wollen, ist bereits nach dem gegenwärtigen Statut möglich, aber dann müssen wir festhalten, daß das Wahlrecht auf möglichst breiter demokratischer Grundlage stehen muß. Der Antrag 3 ist ein Schulbeispiel dafür, wie sich Leute in Organisationsverhältnisse einmischen und Anträge vorbringen, ohne das Organisationsstatut aber den Werdegang der Partei begriffen zu haben. (Sehr richtig!) Es soll gleichnamig im Parteivorstand ein Vertreter der organisierten Frauen sein. Das steht doch bereits in der Parteipresse, die unter der Leitung der Partei, eine für männliche und eine für weibliche Genossen. Wir sind aber bereits zu einer Einheitsorganisation gekommen, und da kann nur die Partei als solche vertreten sein. (Sehr richtig!) Nach dem Antrag sollen weiter auch die Parteipresse, die Bildungs- und Jugendauskünfte im Bezirksvorstand vertreten sein. Dieser Antrag steht im Gegensatz zu den Delegationsbestimmungen, die unbedingt, notwendig sind und die also von der höchsten Parteipersonalität empfohlen werden. Der Parteitag hat beschlossen, die Bildungs- und Jugendauskünfte sollen parteihaftig und Partei und Genossenschaften zusammengefaßt werden, sie sollen nicht nur der Partei, sondern der gesamten Arbeiterbewegung dienen. Hier aber wird verlangt, daß wir alles zusammenfassen im Bezirksvorstand. Ja, dann hätte der Bezirksvorstand seine Kräfte ja zu vergrößern, daß er auf seinem Gebiet etwas tun könnte. Befolgen Sie den Weg, den wir in Leipzig beschritten haben. Ich glaube, das ist das Vernünftige. Wir haben einen Bildungsaußschuß eingesetzt mit einem Reibsticker, der alle Parteien und Genossenschaften teilnehmen kann. Wir haben einen Bezirks-Jugendsekretär eingesetzt. Diese Ausschüsse werden von Partei und Genossenschaften gemeinsam zusammengefaßt, wir bezeichnen gemeinsam den Weg, wir beraten gemeinsam die Aufgaben, die zu erledigen sind, und wenn das geschehen ist, lassen wir sie wieder allein bei der Arbeit. So haben wir überall die Lösung und haben überall die Möglichkeit, einzutreten. Aber wir handeln nicht entgegen den Wünschen der Parteipresse, wie es hier beantragt ist. Und dann soll nach dem Antrag wieder ein Vertreter nur derjenigen politischen Parteistellen zugezogen werden, die einen selbständigen politischen Teil haben, die anderen zählen nicht. (Zuruf: Hört!) Ja, bezieht, ihr sollt doch die Befähigten wählen! (Große Beifallstöße und sehr gut!) Statt dessen schickt ihr nur Reibsticker! (Große Beifallstöße.) Warum schickt ihr denn nicht Leute, die die gesamte Arbeiterpolitik, die gesamte Parteipolitik, die lokalen Fragen, das Verhältnis für alle in ihrer Person zusammenfassen! (Sehr richtig! und Bravo!)

Genossin Reibel: Ich kann in dem Antrag 2 absolut kein Verbot für die Frauen erblicken. Es wird immer behauptet, es gibt nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, aber es gibt männliche und weibliche Mitglieder, und zur Erklärung von den ganzen Antrag schreift aufgesetzt haben. Sie betrachten die Frauen ganz zu sehr bloß als Frauen. Wenn die Rede davon ist, daß ein Schlichter an Schlichter mit den Männern kämpfen sollen, dann erkennt man uns als gleichberechtigt an; aber wenn wir eine Vertretung verlangen, dann wird uns immer entgegengehalten: Ja, habt ihr denn eine fähige Frau? (Sehr richtig! — Zuruf: Die Männer sollen doch

auch befähigt sein!) Selbst, aber es sind an manchen Stellen Männer, die auch nicht gleich dem Befähigungsmaßstab der Männer haben. Von uns aber wird der Befähigungsmaßstab von vornherein festgelegt. Wollen Sie den Antrag ablehnen, so tun Sie es; aber wir können Sie keinen Vorwurf machen, daß wir von dem uns zurechnen lassen, daß wir nicht in allen Verfassungen gefaßt hat: Ja, Bezirksvorstände?

Rahmann-Vollpelt: Ich erkenne durchaus die Notwendigkeit der Annahme eines Landessekretärs an, muß aber den Einwand von Reibel als berechtigt gelten lassen, daß man die Genossen von einem so wichtigen Amt rechtzeitig in Kenntnis setzen muß. (Sehr richtig!) Eine so wichtige Frage wird doch nicht von Sonnabend bis Sonntag morgen auf, sondern die Genossen im Lande auch die Möglichkeit gegeben werden müssen, sich dazu zu äußern. (Sehr richtig!) Aber das kann mich nicht abhalten, dem Antrag zuzustimmen, weil ich die Notwendigkeit einsehe, daß der Landesvorstand unter dem Gesichtspunkt als ein separatistisches Streben hinstellen. Innerhalb unserer durchgeführten, ja den Genossinnen ist sogar ein bedeutendes Vorrecht eingeräumt. (Zustimmung und Beifall.) Im Dresdner Bezirk ist es, wie ich schon seit Jahren unentgeltlich die Genossinnen mit der Arbeit der Parteipresse einbringen, weil ich die Notwendigkeit der proletarischen Frauenbewegung einsehe, aber eben auch geliefert wird. Die geistige Aufnahmefähigkeit der Genossinnen ist im allgemeinen nicht höher als die der Männer. Die Arbeit, die in der Zukunft, wo Gott einem ein Amt gibt, auch der Berufssozialdemokraten verlangen, daß die Befähigung vorher bereits vorhanden ist. (Sehr richtig!) Daß die Frauen unserer Führer bei den bedeutenden Aufgaben für die Erzielung des allgemeinen Wohls in Dresden gefaßt haben, ist eine Behauptung, die nicht widerlegbar ist. Sowie ich unterrichtet bin, haben auch die Frauen der Führer an den Verhandlungen teilgenommen. (Sehr richtig!) Man sollte sich hüten, Vorfälle zu verallgemeinern. Daß der in der Hauptstadt Vortragsstunde abgehalten soll, lohnt sich nicht; die Genossen der Genossen in der Oberlausitz sind durchaus im Besitz der die Oberlausitz mühen tüchtige Parteileiter. In einem werden, die im Lande sind, auch Vortragsstunde abgehalten. Die Tagespresse erfüllt heute schon zum großen Teil die Aufgabe, die Genossinnen durchzuführen, und genau so gut, wie geschäftliche Verhandlungen gebracht werden, können auch Vorträge abgehalten werden. Genossin Pallauf-Vollpelt: Ich habe den Eindruck, daß die Genossinnen immer wieder lesen. Nach ein Wort zum Landesvorstand. Die gegenwärtige Presse freut sich über den Mitgliederzuwachs, und zwar schon, daß das der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo wir eine neue Wählerbewegung unserer Partei rechnen werden kann. Realisierungsgegenüber müssen wir darauf hinweisen, daß die heute unter den gegenwärtigen Organisationen sich noch nicht befähigt fühlen, die Zahl ihrer Mitglieder und die Vortragsleistung öffentlich mitzuteilen. Organisationen brauchen nicht leistungsfähig sein. Eine geringe Mitgliederzahl ist es, daß wir unsere ganze Kraft einsetzen, um die jungen Leute, sobald sie das 18. Lebensjahr erreicht haben, der politischen Organisation zuzuführen. Im Außenbericht war ebenso die Bedeutung der politischen Zeit (Reißer!) die Methode, nach der Frauen die Vereinnahmung vorgenommen hat. Wir haben nicht ein volles Jahr, sondern nur ein Teilergebn zur Verfügung, und deshalb ist es Selbstkritik, die Beiträge auf das ganze Jahr umzurufen. (Sehr richtig!)

Reißer-Vollpelt: Auf Grund meiner praktischen Erfahrungen empfehle ich Ihnen den Antrag 1 abzulehnen. Es ist durchaus richtig, daß es nicht möglich ist, die genügende Anzahl von Genossinnen als Beisitzer zu bekommen. Bei dem außerordentlichen Jahreskongress der Partei sind die Bildungsvereinigungen im letzten Jahr vertreten worden. Man hat alles, was von tüchtigen Genossen, verstanden, man hat viel gelernt, wissenschaftlichen Austausch, einander ermutigen mit einigen Worten ermutigenden zu können, und die Folge davon ist der eine große Teil von Genossen eine Hochachtung. Der Antrag könnte unter Umständen mehr Schaden als Nutzen anrichten. Unsere Aufgabe muß in der prinzipiellen Ausführung im Sinne unserer Ideen bestehen. Wir haben die Entscheidung gemacht, daß Vorträge sich auf ein ganz bestimmtes Ziel einzurichten. Werden wir also einen Lehrer anstellen, dann könnte es dahin kommen, daß er an allen Orten denselben Vortrag hält, und wenn das Verbot abgelehnt ist, wäre es zu Ende. Versuchen wir auch nicht, daß die Lehrer mit dem Reklamematerial ganz bedeutend herabzusetzen müssen. Wir sollten deshalb den Antrag ablehnen. Es hat auch keinen Zweck, ihn dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überreichen, denn der Vorstand kann die Aufgabe gar nicht lösen, solange keine genügenden Erfahrungen vorliegen. (Sehr richtig!)

Die Art und Weise, wie die Frauen mit Ausnahme der Genossinnen Kenntnis heute ihren Antrag vertreten haben, hat mich nicht überzeugt, daß es notwendig ist, eine Frau in den Landesvorstand zu bezeichnen. Sind denn die Frauen das jetzt nicht gleichberechtigt haben die Frauen nicht heute schon das Recht, in allen Körpern der Partei zu sitzen. (Sehr gut!) Die Frauen haben selbst anerkannt, daß der Landesvorstand bisher seine Pflicht vollständig erfüllt hat. Ist das der Fall, dann ist doch das Sonderrecht der Frauen ganz unbegründet. Die Frauen und dem Leipziger Bezirk haben eingesehen, daß es sich um ein Sonderrecht handelt, nur fragte es sich, ob es praktischen Gründen nicht angebracht sei, das Sonderrecht einmal anzuerkennen, weil daraus Sonderrechte für die Partei hervorgehen. Aber durch den Antrag des Landesvorstandes auf Annahme eines Sekretärs gewinnt die Sache ein ganz anderes Gesicht. Hätte uns der Antrag vorgelegen, dann glaube ich, würden auch wir im 13. Kreis und gesagt haben, die Wünsche der Frauen können jetzt durch den Sekretär erfüllt werden. Ich möchte Sie deshalb ersuchen, aber abzulehnen, schon aus dem Grunde, weil wir im nächsten Jahre eine Veränderung des Organisationsstatuts der Gesamtpartei vornehmen, und dann auch das Statut der Landespartei ändern können. Sie sollten alle Wünsche auf Sonderrechte zurückstellen, sobald durch die Annahme eines Sekretärs die Möglichkeit gegeben wird, daß Ihre Interessen mit allem Nachdruck vertreten werden. Weiter der Antrag 1b kann ich mich nach den vorliegenden Ausführungen von Reibel kurz fassen. Was abgelehnt werden, daß die Parteipresse der Parteistatus nicht beachtet haben, sollten wir beachten sein, mehr und mehr zu legitimieren. Die Bildungsvereinigungen müssen frei werden von der Befähigung mit dem Alltagsleben, sie müssen sich lediglich mit Bildungsfragen befähigen. Wollen können wir, wenn wir den Bildungssekretären Arbeiten aufbürden, die mit ihrem eigentlichen Zweck in Widerspruch stehen. (Bravo!)

Reißer-Vollpelt: In der vorliegenden Form geht es in den Antrag 1 preis, ich kann mich dem Gedanken von Reibel nicht anschließen, und ich will auch einen Teil der Gründe von Reibel anerkennen. Aber die Tendenz unseres Antrages können wir nicht preisgeben. Deshalb haben wir unseren Entschlußantrag eingebracht. (Zuruf: Zur Berücksichtigung!) Ich gebe auch das Wort „zur Berücksichtigung“ preis und begnüge mich damit, wenn der Antrag dem Landesvorstand überreicht würde, damit ich bin überzeugt, der Landesvorstand wird das tun, was er als notwendig und richtig erkennt. Endermann hat gesagt, daß das Verhältnis zwischen der Zahl der Organisierten und der Zahl der



DFG



[illegible]



# Wirtschaftliche Umschau.

## Das Kartell der Banken.

Das Kartell der Banken ist in unserer von Kartellen und Trusts beherrschten Welt nicht das einzige, sondern eines der größten. Die Kartellbanken und Bankiers haben sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt, und die Kartellbanken sind heute die mächtigsten und einflussreichsten in der Welt. Sie haben sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt, und die Kartellbanken sind heute die mächtigsten und einflussreichsten in der Welt. Sie haben sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt, und die Kartellbanken sind heute die mächtigsten und einflussreichsten in der Welt.

Das Kartell der Banken ist in unserer von Kartellen und Trusts beherrschten Welt nicht das einzige, sondern eines der größten. Die Kartellbanken und Bankiers haben sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt, und die Kartellbanken sind heute die mächtigsten und einflussreichsten in der Welt. Sie haben sich in der letzten Zeit sehr stark ausgedehnt, und die Kartellbanken sind heute die mächtigsten und einflussreichsten in der Welt.

## Die deutsche Maschinen- und Elektroindustrie.

In dem Jahrbuch der deutschen Maschinen- und Elektroindustrie wird auf den Fortschritt der maschinellen Technik in Deutschland hingewiesen. Das trifft auch zu. Was hat dieser Fortschritt aber mit dem persönlichen Regime zu tun? Einige Zahlen, die die Entwicklung der Maschinenindustrie in den letzten Jahren charakterisieren, entnehmen wir der Frankfurter Zeitung:

Der Außenhandel in Maschinen entwickelte sich wie folgt:

In 1000 Mark	Einfuhr		Ausfuhr	
	1907	1912	1907	1912
Locomotiven mit und ohne Tender	100	81	85 616	87 134
Wagen, Straßen-, Eisenbahn-, Kleinbahn-, etc.	27 760	20 444	81 789	106 060
Traktoren	16	22	4 351	9 615
Reibmaschinen	9 504	608	66 290	64 001
Holzbearbeitungsmaschinen	596	788	9 417	14 765
Steinbearbeitungsmaschinen	96	177	1 083	1 067
Landwirtschaftliche Maschinen	24 053	18 517	15 501	30 768
Wälzmaschinen	18 142	12 848	893	2 112
Werkzeugschneidmaschinen	521	563	10 633	18 320
Werkzeuge für Holz- und Papierindustrie	80	216	6 862	9 610
Dynamo, Elektromotoren, Transformatoren usw.	1 075	1 124	1 949	7 861
Reibmaschinen	1 880	2 145	34 328	50 130
Reibmaschinen	1 821	900	45 205	30 863
Reibmaschinen	478	2 364	21 904	12 108
Reibmaschinen	10 955	11 643	11 875	65 011
Reibmaschinen	414	2 549	2 749	7 762
Reibmaschinen	158	228	1 538	2 492
Reibmaschinen	26 338	7 106	10 498	16 247
Reibmaschinen	32 040	14 130	14 061	21 000

Dem Werte nach steht die Ausfuhr von Textilmaschinen an erster Stelle, an zweiter die von Motormaschinen, an dritter die von Metallbearbeitungsmaschinen, dann folgen die elektrischen Maschinen, schließlich die landwirtschaftlichen Maschinen usw. Die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen ist zurückgegangen, ist aber immer noch sehr bedeutend, ebenso wie die von Textilmaschinen und Motormaschinen. Insgesamt wurden 1912 für über eine Milliarde Mark Maschinen ausgeführt.

Im Vergleich mit anderen Ländern entwickelte sich der deutsche Außenhandel in Maschinen:

In Millionen Mark	im Jahre 1909			im Jahre 1912		
	Deutschland	Frankreich	England	Deutschland	Frankreich	England
Ausfuhr	712	468	608	1056	824	790
Einfuhr	111	53	184	129	41	295
Ausfuhrüberschuss	601	430	424	927	783	495

Somit beträgt die prozentuale Steigerung beim der Ausfuhr in den letzten 3 Jahren +48%, +32%, -19%.

Deutschland führt also bedeutend mehr als England oder die Vereinigten Staaten an Maschinen aus. Es verdankt diesen Vorzügen der raschen Entwicklung seiner Elektro- und Metallindustrie. Die Elektroindustrie ist in England zum Teil infolge der Billigkeit seiner Rohle vernachlässigt worden. Infolgedessen hat England auch die Führerschaft auf dem Weltmarkt verloren.

## Die elektrisch betriebenen Bahnen im Deutschen Reich.

Die Elektrifizierung des Verkehrs macht auch in Deutschland rasche Fortschritte, wie aus folgender Tabelle deutlich hervorgeht:

	1896	1908	1911
Zahl der Bahnen	42	88	195
Streckenlänge (in km)	182	2049	4118
Zahl der Wagen	2560	7942	20249
Leistung der Maschinen (in 1000 Kilowatt)	18,5	52,5	148,8

Seit 1908 hat sich die Betriebslänge der Bahnen um 797 Kilometer vergrößert; das Anlagekapital ist von einer Milliarde auf 4,6 Milliarden Mark gestiegen; die Verzinsung des Kapitals hat sich von 4,34 Prozent auf 5,48 Prozent erhöht. Die Betriebsausgaben waren 1908 213 Millionen und 1911 270,5 Millionen; die Betriebseinnahmen 136,5 und 169,7 Millionen. Die mittlere Zahl der beförderten Personen auf einem Kilometer Betriebslänge lag von 347 000 auf 366 000.

Von der gesamten Betriebslänge von 4915 Kilometer entfallen auf Preußen 3584, Bayern 200, Sachsen 377,25 und Baden 102,4 Kilometer. Die höchste Verzinsung des Anlagekapitals ergibt sich in Württemberg, wo sie 8,49 Prozent ausmacht. Dann folgt Bremen mit 7,6 Prozent, Hamburg mit 6,7, Mecklenburg-Schwerin mit 7,2, Baden mit 5,9, Preußen mit 5,22 und Sachsen mit 5,15 Prozent Verzinsung.

Spezialreport.

## Finanzwirtschaftliche Umschau.

In den zahlreichen Jubiläumskartellen der bürgerlichen Presse wird auf die glänzenden Resultate der Wirtschaftsentwicklung Deutschlands in den letzten 25 Jahren immer wieder hingewiesen. Nun ist der Geburtstag des persönlichen Regiments auf den Gang der Wirtschaft naturgemäß sehr gering: hier wirken Gesetze, die mächtiger sind als selbst der Wille eines Despoten. Kommt doch Wilhelms, der Selbstherrscher aller Reichen, dem besten Willen die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nicht aufhalten. Viel bedeutender wirkt sich aber die Einwirkung des persönlichen Regiments auf die Staatswirtschaft, abgesehen auch hier andere Momente den Ausschlag geben. Immerhin ist es bezeichnend, daß die bürgerliche Presse es verneint, diese Seite der Frage zu erörtern. Will sie in ihrem Eifer, das mit den hellsten Farben gemalt wird, keinen Schatten dulden lassen...

Die fortwährenden Ausgaben des Jahres 1897/98 betrugen 664,6 Millionen; die einmaligen 204,0 Millionen, zusammen 1068,6 Millionen Mark. Die fortwährenden Ausgaben von 1912 betrugen 2281,6, die einmaligen 470,0, zusammen 2751,7 Millionen. Ausgerechnet waren noch 134,5 Millionen außerordentliche Ausgaben, was eine Gesamtsumme von 2886 Millionen ergibt. Für 1913 stellen sich die Ausgaben, ohne die durch die neue Kriegsbetriebe hinzugekommenen Ausgaben, auf 3170 Millionen. Die Ausgaben des Deutschen Reiches sind also in den vergangenen 25 Jahren auf das Dreifache gestiegen.

An erster Stelle stehen die Militär- und Marineausgaben. So wurden verausgabt in Millionen Mark:

	1897/98	1912/13	1913/14
Beet	628,6	848,6	900,9
Marine	52,3	470,9	877,0
Pensionen	58,0	143,4	142,5
Schuldenverwaltung	21,7	236,5	250,7
Zusammen	653,3	1699,4	1871,1

Die Militärausgaben haben sich also in dieser Zeit um mehr als eine Milliarde erhöht.

Diese Mittel sind fast ausschließlich aus den Taschen der Volksmassen in der Form von allseitigen Verbrauchssteuern geholt worden. Trotz aller Anstrengungen und häufigen „Finanzreformen“ reichen die Steuern aber nicht aus, so daß die Reichsschuld unheimlich rasch angewachsen ist, nämlich von 1/4 auf 3 Milliarden. Selbst den herrschenden Klassen ist es schließlich um die Zukunft des glorreich regierten Reiches bang geworden und sie sehen sich jetzt gezwungen, um keine weiteren Schulden machen zu müssen, nach dem eigenen Taschen zu greifen...

Um das Bild der „glorreichen“ Entwicklung der deutschen Reichswirtschaft zu vollenden, mag noch darauf hingewiesen werden, mit welchen Gefühlen die Börse das Jubiläum feiert. Ein Vergleich der Kurse der deutschen Reichsanleihen von 1888 und von heute spricht Bände. Es wurden ermittelt:

	Juni 1888	Juni 1913
Deutsche Reichsanleihe 4%	107,90	98,1
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2%	102,6	84,00
Russen 4% von 1880	79,8	96,4
Italienische Rente 3 1/2%	96,8	93,4

Nicht nur stehen die russischen Papiere fast auf der gleichen Höhe wie die deutschen und die italienischen sogar bedeutend höher, sondern die „Russen“ haben in dieser Zeit an Kurs noch gewonnen, während die Reichsanleihe verloren hat. So sieht das Resultat der Reichsschuld der letzten 25 Jahre aus!

Wer aber aus der Regierung Wilhelm des größten Vorteil hatte, dafür gibt uns wiederum die Börse eine unzweideutige Antwort. Es wurde nämlich ermittelt:

	Juni 1888	Juni 1913
Deutsche Bank	100,0	242,75
Donnerswerth & Co.	58	310,25
Harpener	97	183,50
Postumer Verein	148,10	210,90
Geleisen & Co.	128,25	177,50
Wagner	95	247,60
Laubach & Co.	102,50	160,90
Rhein-Nassau	115,00	255
A.-G.	124,25	238,20

Es sind die großen Banken- und Bankiers, deren Vermögen, soweit es in den Aktien zum Ausdruck kommt, sich vervielfacht hat. Die gewaltige Erhöhung der Aktienpreise zeigt andererseits, daß es auch den Grundbesitzern recht gut geht. Kurz, wir haben wohl eine glänzende Periode für die Gewerbe- und Kartellrenten, nicht aber auch eine solche der Reichswirtschaft hinter uns.

Die Organisation der sozialdemokratischen Tagung steht zunächst der Verabschiedung des Landesverbandes. Der Sekretär, Genosse A. Grieb, konnte in der Hauptsache auf den gestern vorliegenden Jahresbericht verweisen. Da der Geschäftsbericht dem Parteitag erst nach dem 31. März abschließen muß, so kann sich der diesmalige Parteitag nur auf den Zeitraum von neun Monaten erstrecken, in dem 221 Kreisversammlungen erfolgten. Die Parteiverwaltung haben rasch schöne Erfolge erzielt. Die Reichsleitung hat sich dem Parteitag verpflichtet, die Parteiverwaltung zu reformieren. Die Parteileitung sollen reorganisiert werden, doch soll diese Frage bis zur Verabschiedung der Parteiverwaltung zurückgestellt werden. — Der vom Landesverband, Genosse John-Mannheim erteilte Rollenbericht weist

## Parteiangelegenheiten.

### Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratie in Baden.

am Freitag 1. u. 2. Juni.

In Freiburg findet heute und morgen der außerordentliche Parteitag unserer badischen Genossen statt, der sich in der Hauptsache mit der Verabschiedung des Parteitagsschieds in Baden zu beschäftigen hat. Auch die Parteiführung der Sozialdemokratie in Baden wird an diesem Morgen außerordentlich Parteitag, um die Parteiführung der Sozialdemokratie zu wählen. Auf der



für Landtags- und Reichstagswahlen seit fünf Jahren Parteimitgliedschaft sein müssen. — Der nächste Punkt der Tagesordnung: Die Landtagswahlen 1913\* (Referent Genosse Dr. Franke) wird auf Sonntag vormittag 9 Uhr verlegt.

**Totenliste der Partei.**

Paul Hirsch, ein sehr bekannter Kämpfer der deutsch-sozialistischen Sozialdemokratie, ist in Wien gestorben. Er hat sich insbesondere in der Organisationsarbeit im Reichsverband der Arbeiter (Reichsverband) und im Reichsverband der Arbeiter, wo er 1907 in zwei Reichstagswahlen in die Reichstagswahl kam. Hirsch war Administrationsbeamter des Reichsverbandes der Arbeiter in Wien.

**Aus den Organisationen.**

Der Sozialdemokratische Verein Ebersfeld. Varmen konnte in seiner Jahresrechnung über einen Mitgliederzuwachs von über 400 Genossen und Genossinnen berichten. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 6001 auf 6923 gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg von 6638 auf 6938, die der weiblichen von 363 auf 985. Als Parteifreier ist an Stelle des Genossen Pfeiffer, der der Partei aus dem Reichsverband ausgeschieden wurde, der Genosse Otto Rohmer, bisher Parteivorstand, gewählt worden.

**Der Kampf um sozialdemokratische Stadträte.**

Die sozialdemokratische Mehrheit des Rats der Gemeinde hat zwei ihrer Genossen mehrfach zu Stadträten gewählt, ohne daß diese die erforderliche Mehrheit der Wählerstimmen gefunden hätten. Schließlich wurden auf die verbliebenen Stadtratsstellen zwei sozialistische Kandidaten gewählt. Die sozialdemokratische Mehrheit hat damit drei andere Bürger, die zwar nicht eingetragene Mitglieder der Partei waren, aber das Vertrauen der Wähler zu Stadträten gewählt, die nunmehr auch beschäftigt worden sind.

**Wichte ordentl. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.**

k. Pasing, 21. Juni.

Die heutige Sitzung beschloß sich vorwiegend mit der Beratung der Einzelanträge zum Statut, da die Kommission, der die Vorberatung der grundsätzlichen Änderungsanträge zum Unterwerfungswort übertragen ist, ihre Arbeiten noch nicht beendet hat. Die erste Serie dieser Einzelanträge befaßt sich mit der Einsetzung der Gasse und des Vorstands, der Aufnahmebedingungen, der Vertretung auf den Generalversammlungen usw. Die sehr eingehende Debatte hierzu zeigt, daß man allgemein strengere Aufnahmebedingungen wünscht und verschiedene bisherige Maßnahmen abändern beabsichtigt ist.

Steinhardt-Hamburg bezeichnet das herbeistehende Verlangen, möglichst nur aus ausgebildeten Kollegen, die auch in organisatorischer Beziehung ihre Schulung erhalten, zur Aufnahme bezogen. Zur Wiederherstellung der Mitgliedschaft, als ein Zeichen der Überzeugung, was nach dem zurückzuführen sei, daß 94 Prozent der Organisation angehören.

Auch Döblin betont, daß die Verbandseinrichtungen so beschaffen sein müssen, daß den Kollegen die Mitgliedschaft begehrt erscheinen muß und es nicht erst vieler Agitation für den Eintritt bedürfe. Aus diesem Gefühl der Sicherheit heraus ist denn auch wohl folgender Vorstandsentscheidungen, der befaßt, daß der Eintritt in die Mitgliedschaft nur durch einen schriftlichen Antrag zu bewerkstelligen sei.

In technischer Beziehung beruht auf dem Wunsch, daß der Verein voll auszubilden vermag und in gesundheitlicher Beziehung von der Mitgliedschaft seines Mitgliedschafts unter Zustimmung des Vorstandes für aufnahmefähig erklärt werden muß.

Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme. Ebenso ein weiterer Vorstandsentscheid, der befaßt, daß „Ausnahme oder mit sonstigen besonderen Umständen behaftete Fälle, die eine Ausnahme von der Aufnahmebedingung des Verbandes nicht aufzuheben werden können.“ Ausgenommen oder Ausgeschiedenen wird der Wiedererwerb durch Erhebung der Mitgliedsbeiträge von 2 auf 3 M. erhöht. Eine größere Minderheit war für 5 M.

Der Vorstandsentscheid hatte auch beantragt, die Bestimmungen in § 13 des Statuts, wonach dem

**Leitenden Redakteur des Korrespondenten**

das Recht zusteht, sich und seine Kollegen im Verbandsvorstand zu befragen, zu streichen. Dieser Antrag wurde verschiedentlich diskutiert, als ob der Verbandsvorstand die volle Entscheidung über die Leitung des Redaktions als ihm zusteht, und so traten denn mehrere Redakteure gegen den Vorstandsentscheid auf. Nachdem jedoch sowohl der Verbandsvorstand als auch der Redakteur Frick erklärt, daß lediglich praktische Gesichtspunkte für die Beibehaltung dieses Rechtes des leitenden Redakteurs maßgebend seien und das Zusammenarbeiten der Redaktionen des Korrespondenten mit dem Verbandsvorstand ein nach jeder Richtung harmonisches sei, ließen die Befürworter des Vorstandsentscheides ihre Oppositionen fallen und erklärten, daß man sich seitens der Redaktion damit abgefunden habe, wenn sie einmal das Verhältnis zwischen Redaktion und Vorstand sein so harmonisches sein würde wie heute. Seit-München erinnerte hierbei an die bekannte Fülle von Briefen und Anfragen, die der Redaktion nach Berlin zugehen, was ein Bedürfnis hierfür aber von seiner Seite als vorliegend anerkannt wurde, so wurde schließlich beschlossen, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen.

Unter den Anträgen, die eine längere Debatte in Anspruch nahmen, ist weiter ein Vorstandsentscheid zu nennen, der befaßt, daß die „Anteilhaber der beabsichtigten Gewinne der Mitglieder auf drei Jahre festzusetzen.“ Döblin begründet den Antrag mit der Entwicklung des Verbandes und der moralischen Verpflichtung der Organisation, die Angehörigen einträglich wirtschaftlich fördern zu helfen, was man bei der einjährigen Wahlperiode nicht sagen könne. Der Antrag wird mehrfach diskutiert, weil sich in der bisherigen Praxis die Befürworter als nicht schuldig erwiesen haben. Der Vorstand geht dann seinen Antrag mit dem Vorschlag zurück, daß er auf die Annahme nicht dringen wolle und die Angelegenheit ihm genüge.

Eine etwas erregte Debatte ruft ein Antrag Hamburg-Altona hervor, welcher fordert, daß die

**Gewerkschaften**

unter Hinzuziehung eines Stenographen aufgenommen werden, und daß die Protokolle den Mitgliedern zugestellt werden sollen. Steinhardt-Hamburg begründet den Antrag mit der Abfassung von Jahresberichten und einer Broschüre, die in vollständig falscher und tendenziöser Weise seine Stellungnahme zu verschiedenen Fragen wiedergegeben hätten. Nachdem verschiedentlich darauf hingewiesen ist, daß die Unterzeichnung der Mitglieder von wichtigen Vorgesetzten in der Organisation auch auf anderen Wege als dem der Stenographischen Aufnahme internen Verhandlungen zu erreichen ist, wird der Antrag abgelehnt.

Eine Reihe von Anträgen wird die Vertretung auf den Generalversammlungen präzisieren anders geregelt werden als bisher. Beabsichtigt wird nach längerer Aussprache, daß der bisherige Modus bestehen bleibt mit der einzigen Veränderung, anstatt 600 Mitglieder 600 einen Delegierten wählen zu lassen. Ein Antrag des Genossen Wetz soll die Aufnahme festsetzen, daß es den Mitgliedern unumgänglich machen, den sogenannten Gelben anzugehören. Die Aussprache über diese Punkte ist sehr lebhaft, da es allgemein als selbstverständlich betrachtet wird, daß ein „Gelber“ nicht Mitglied einer freien Gewerkschaft sein könne. Dazu braucht es keiner besonderen parlamentarischen Begründung. Ein Auschluß könne jedoch nur dann erfolgen, wenn die Tätigkeit eines solchen Kollegen auch wirklich als

Merkmale der „Gelbsucht“ zur Schau trage. Verschiedene Anträge, die eine längere Auseinandersetzung erfordern, werden zurückgestellt, nachdem sich ergibt, daß eine nochmalige Überlegung der Materie sich geben würde. Ferner geht der Vorstandsentscheid über eine Anzahl Einzelanträge, welche das Verhältnis der Organisation zu solchen Prinzipalvereinigungen bezogen, Prinzipalvereinigungen angeht. Dagegen erfordert der Punkt 4 der Tagesordnung

**Einigungnahme zu den Anträgen, betreffend die Sparten** eine mehrstündige Debatte. Von einer großen Anzahl Ortsgruppen liegen Anträge vor, dahinschaltend, daß die Zentralkommissionen der einzelnen Sparten die Berechtigung haben sollen, auf allen Gewerkschaften durch je ein Mitglied vertreten zu sein. Andere Anträge verlangen die Zustimmung des Verbandes zur Bildung neuer Sparten.

Döblin führt dazu einleitend aus, daß der Vorstand bemüht gewesen sei, den bestehenden Sparten gerecht zu werden, indem regelmäßig Ausreden mit ihnen festgehalten haben, daß der Vorstand oder einer weiteren Spartenbildung entgegenstehen müsse. Sehr die Entwicklung der Spartenbildung so weiter, dann werde sich schließlich das Verbandswesen nur noch auf die Sondergruppen konzentrieren, und es könne dann schließlich die Bildung der Spartenvertretung sehr zum Nachteil des Verbandes ausfallen. Was im Organisationsinteresse von den Sparten gefordert werde, werde dem Verband unterstellt, doch müssen sie in dem letzten Rahmen bleiben.

Franke-Wien berichtet (als Maschinist) sehr entschieden den Standpunkt, daß die vorliegenden Anträge ihre Berechtigung haben und ist der Meinung, daß man den Sparten mit Vereingemeinschaft gegenüberstehe. Wie sich indes ergibt, sind unter den anwesenden Delegierten allein 14 Maschinisten, 13 Korrektoren und 7 Buchbinder. Die Sparten der Buchbinder, die als Vertreter des Verbandes delegiert sind, so daß von einer Zurücklegung nicht geteilt werden kann. Die Mehrheit unter den Delegierten des weiteren Ausbaus der Sparten ist indes so groß, daß es nach stundenlanger Debatte beabsichtigt, alle anzunehmen, wenn nicht schließlich ein Schlichtungsantrag der Auseinandersetzung ein Ende gemacht hätte. Man einigte sich dann unter Ablehnung aller anderen Anträge auf einen Antrag Wolff-Reg gegen 6 Stimmen dahin, daß die Vorstände der Zentralkommissionen der einzelnen Sparten zu allen solchen Gewerkschaften mit beratender Stimme hinzugezogen werden müssen, in denen Interessen der Sparten mit zur Geltung kommen. Dadurch wird der bisherige Zustand von der Generalversammlung sanktioniert.

**11. Generalversammlung der Metallarbeiter.**

k. Dresden, 21. Juni.

**Schöner Verhandlungstag.**

Wir teilen schon in unserer jüngsten Nummer mit, daß die Generalversammlung eine Erhöhung der Gewerkschaften in den Fällen der Arbeitslosigkeit beschlossen habe und schreiben dann weiter: Bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit wollen wir die alten Sätze nicht ändern. Bei der Einzelberatung der Statuten und der Beschlußfassung über die einzelnen Paragraphen ist dann die neue Fassung der Unterstellung der Arbeitslosigkeit genau aufgeführt. Damit befindet sich der Satz: „Am Falle von Krankheit gilt das gleiche.“ Das muß selbstverständlich heißen: „Im Falle von Krankheit gilt das gleiche.“ — wie auch aus der weiter oben stehenden Bemerkung schon ersichtlich ist.

Die §§ 15 bis 22, die Streit- und Maßregelungsunterstützung, Rechtschutz, Rechtsanwaltschaft an den Verband, persönliche Streitigkeiten, Schlichtungsamt, Beibehaltung der Mitgliedschaft und Ausschluß beibehalten, bleiben die alten.

Die §§ 24 bis 34 bleiben unverändert die des alten Statuts. In § 35 liegt folgender Antrag vor: Die Generalversammlung wird ersucht, an Stelle des heute bestehenden Wahlrechts ein mehr zeitgemäßes Wahlrecht für die Delegiertenwahl setzen zu lassen. — Der Vorschlag der Kommission lautet dahin, den Antrag dem Vorstande als Material zur Prüfung und eventueller Ausarbeitung einer Vorlage oder Berichterstatterung an die nächste Generalversammlung zu übermitteln. Die Gründe dazu sind, daß die Kommission der Ansicht ist, daß das Wahlrecht zu den Generalversammlungen reformbedürftig ist. Die Kommission konnte jedoch zu einem praktischen Vorschlag noch nicht kommen, da ihr zur Ausarbeitung eines solchen alle Grundlagen fehlten.

Die Generalversammlung beschloß, sich den Vorschlägen anzuschließen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Es folgen die Berichte der zwei Gewerkschaftskommissionen.

Richmann-Weipzig hat sich bei der Generalversammlung über eine Klage beschwert, die er in Leipzig bekommen hat. Seine Beschwerde wird abgelehnt. Er hat sich weiter darüber beschwert, daß die Klage in der Metallarbeiterzeitung abgedruckt worden ist, die die höchste Instanz, die Generalversammlung, getroffen habe. Auch diese Beschwerde wird abgelehnt.

Eine weitere Leipziger Beschwerde beim Ausschuss weicht sich dagegen, daß der Hauptvorstand einen Beschluß im Hinblick auf, daß der Leipziger Vorfall eine Klage gegen die Metallarbeiterzeitung zu schaden. Der Leipziger Standpunkt, der die Haltung des Vorstandes als Eingriff in das lokale Selbstbestimmungsrecht betrachtet und das als eine Maßnahme ansieht, die eine gewisse Richtungsbeeinflussung darstellt, wird von Tag zu Tag offener.

Die Generalversammlung schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, der ersten Kommission, Gaez-Korlsruhe, an und lehnt die Beschwerde mit Mehrheit ab.

Verschiedene Berliner Kollegen sind ausgeschlossen worden, weil sie zu gleicher Zeit im selben Verein organisiert waren und nach Aufforderung nicht erschienen sind. Der Ausschuss wird beauftragt, das Urteil eines Schlichtungsamtes, das dem Kollegen Döblin in Berlin eine Klage erteilt hat, wird angenommen, es müsse Ausschluß erfolgen. Es bleibt bei dem Klagebeschluß.

Böcker-Hamburg wurde aus einem Vereine entlassen; man nahm Maßregelung an, konnte dann aber nicht für ihn eintreten, weil seine Arbeitsweise verschiedene allgemeine Bestimmungen zur Folge hatte. Böcker's weitere Verhalten führte zum Ausschluß. Dieser wird bestätigt.

In Göttingen wurde dem Kollegen Reich durch ein Schlichtungsamt eine Klage erteilt. Der Zentralvorstand hat dem Beschluß nicht beigefügt, die Schuld sei nicht klar genug erwiesen. Dagegen erhebt die Göttinger Vertretung Beschwerde. Diese wird abgelehnt.

Eine andere Berliner Beschwerde wird ebenfalls durch die Generalversammlung nach dem Vorschlag des Vorstands, dem des Kollegen Reich-Wien, wird das Urteil fertiggestellt und der Ausschuss zurückschickend.

Eine Stuttgarter Beschwerde gegen die Metallarbeiterzeitung wegen eines Preisverhörs, dem sie bei einer Stuttgarter Streikzeitung auf Redaktionskosten verurteilt habe, wird abgelehnt. — Döblin-Weipzig erhebt den Vorwurf, daß ein Stuttgarter Kollege, der sich auf die gleiche Information gebastet habe, — Schlichter weist den Vorwurf zurück. Die Tatsachen hätten schon beim Schlichtungsamt Schemm ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe.

Wichter-Berlin, der Berichterstatter der Rechnungs-kommission, beantragt, für die Ausführung des Ausschusses Entlastung zu erteilen. Es wird dementsprechend beschlossen.

Am internationalen Metallarbeiterkongress in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst.

Es wird beschlossen, auf dem internationalen Sozialistenkongress zwei Delegierte zu entsenden. Schlichter weist: In die Stellvertreterkommission werden gewählt vom 1. Bezirk Seemann-Königsberg, 2. Bezirk Döblin-Wien, 3. Bezirk Gaez-Korlsruhe, 4. Bezirk Reich-Wien, 5. Bezirk Reich-Wien, 6. Bezirk Reich-Wien, 7. Bezirk Reich-Wien, 8. Bezirk Reich-Wien, 9. Bezirk Reich-Wien, 10. Bezirk Reich-Wien.

Zwei Anträge, die verlangen, daß der Metallarbeiterverband sich mit der Frage der Einführung der Zentralisierung befassen soll, werden abgelehnt.

Die alte Verbandskommision wird wiedergebildet: Schlichter als Kassierer und Kassier, Reich als Kassierer, Wichter als Kassierer und Kassier.

Der Sitz des Ausschusses bleibt Frankfurt a. M., die Kommission bleibt die alte.

Die Redaktion bleibt in den Händen von Schemm und Quif.

Die folgende Resolution wird ohne Diskussion angenommen: In Uebereinstimmung mit dem von der Generalversammlung in Mannheim beschlossenen Antrag an den Gewerkschaftskongress in Dresden betrachte die 11. ordentliche Generalversammlung das Umlageverfahren zur Aufhebung von Mitteln zur Unterstützung des Streiks und Ausbesserungen für den besten Nutzen der Generalversammlung als fruchtbringend und soll auf dem Kongress seine Einführung stattfinden.

Um bei etwaiger Anwendung des Umlageverfahrens nicht zu großen Finanzproblemen der eigenen Verbandsmittel zu führen, ist der Vorstand zur Erhebung eines Umlagebeitrages nach § 6, Absatz 6 des Verbandstatuts berechtigt. Schlichter schließt die Verhandlungen: Ich darf wohl sagen, wieviel gewonnen, unsere Verhandlungen sind von großer Wichtigkeit gewesen, trotz aller sachlichen Auseinandersetzungen. Es ist recht schwer geworden, einen Teil unserer Kollegen von der Generalversammlung auszuscheiden. Ich hoffe, daß die es an der Hand halten als fruchtbringend und soll auf dem Kongress seine Einführung stattfinden. Ich habe hier gearbeitet, jetzt gehen wir hinaus, brauchen nicht zu feilschen!

Die Generalversammlung wird mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation geschlossen.

**12. Verbandstag der Buchbinder.**

k. Stuttgart, 20. Juni.

**Fünfter Verhandlungstag.**

**(Abendtag.)**

Die Beratung der allgemeinen Anträge wurde bei den zur Presse gestellten fortgesetzt. Beschlossen wurde, daß die Verhandlungen der Verbandstage in Zukunft nicht mehr in der Buchbinderzeitung, sondern auf Extraheften, die zum Sammelbestimm sind, veröffentlicht werden. — Ein Antrag Berlin, der die Veranstaltung einer Enquete über die Unfallgefahren in der Papierverarbeitungsindustrie verlangt, wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Gründung eines graphischen Industrie-Verbandes wird in mehreren Anträgen diskutiert; der Verband soll sich mit den anderen graphischen Verbänden des Reichs in Verbindung setzen. Weidner-München befragte die Delegierten, die die Verbände einander näher bringen. Der Vorstand erwiderte, daß die Verbände einander näher bringen, der Vorstand erwiderte, daß die Verbände einander näher bringen, der Vorstand erwiderte, daß die Verbände einander näher bringen.

Die Zustimmung des Verbandstages fand eine Vorlage des Vorstandes über die Einführung eines allgemeinen Vertreters der Funktionen gegen Unfälle bei der Tätigkeit für die Organisation. Es wird einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaften durch die Gewerkschaften in Deutschland der Welt unterstellt sind, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die Volkssicherung durch alleinstehende sichern.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volkssicherung wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Wolff hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaften durch die Gewerkschaften in Deutschland der Welt unterstellt sind, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die Volkssicherung durch alleinstehende sichern.

Der Punkt Gewerkschaften, Genossenschaften und Volkssicherung wurde von der Tagesordnung abgesetzt und lediglich die vom Referenten Wolff hierzu vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. In dieser wird anerkannt, daß die Gewerkschaften durch die Gewerkschaften in Deutschland der Welt unterstellt sind, es wird ferner die Erwartung ausgesprochen, daß die Mitglieder die Volkssicherung durch alleinstehende sichern.

Die Generalversammlung beschloß, sich den Vorschlägen anzuschließen.

Die Abstimmung über das Gesamtstatut ergibt die Annahme gegen eine Stimme.

Es folgen die Berichte der zwei Gewerkschaftskommissionen.

Richmann-Weipzig hat sich bei der Generalversammlung über eine Klage beschwert, die er in Leipzig bekommen hat. Seine Beschwerde wird abgelehnt. Er hat sich weiter darüber beschwert, daß die Klage in der Metallarbeiterzeitung abgedruckt worden ist, die die höchste Instanz, die Generalversammlung, getroffen habe. Auch diese Beschwerde wird abgelehnt.

Eine weitere Leipziger Beschwerde beim Ausschuss weicht sich dagegen, daß der Hauptvorstand einen Beschluß im Hinblick auf, daß der Leipziger Vorfall eine Klage gegen die Metallarbeiterzeitung zu schaden. Der Leipziger Standpunkt, der die Haltung des Vorstandes als Eingriff in das lokale Selbstbestimmungsrecht betrachtet und das als eine Maßnahme ansieht, die eine gewisse Richtungsbeeinflussung darstellt, wird von Tag zu Tag offener.

Die Generalversammlung schließt sich dem Vorschlag des Vorstands an, der ersten Kommission, Gaez-Korlsruhe, an und lehnt die Beschwerde mit Mehrheit ab.

Verschiedene Berliner Kollegen sind ausgeschlossen worden, weil sie zu gleicher Zeit im selben Verein organisiert waren und nach Aufforderung nicht erschienen sind. Der Ausschuss wird beauftragt, das Urteil eines Schlichtungsamtes, das dem Kollegen Döblin in Berlin eine Klage erteilt hat, wird angenommen, es müsse Ausschluß erfolgen. Es bleibt bei dem Klagebeschluß.

Böcker-Hamburg wurde aus einem Vereine entlassen; man nahm Maßregelung an, konnte dann aber nicht für ihn eintreten, weil seine Arbeitsweise verschiedene allgemeine Bestimmungen zur Folge hatte. Böcker's weitere Verhalten führte zum Ausschluß. Dieser wird bestätigt.

In Göttingen wurde dem Kollegen Reich durch ein Schlichtungsamt eine Klage erteilt. Der Zentralvorstand hat dem Beschluß nicht beigefügt, die Schuld sei nicht klar genug erwiesen. Dagegen erhebt die Göttinger Vertretung Beschwerde. Diese wird abgelehnt.

Eine andere Berliner Beschwerde wird ebenfalls durch die Generalversammlung nach dem Vorschlag des Vorstands, dem des Kollegen Reich-Wien, wird das Urteil fertiggestellt und der Ausschuss zurückschickend.

Eine Stuttgarter Beschwerde gegen die Metallarbeiterzeitung wegen eines Preisverhörs, dem sie bei einer Stuttgarter Streikzeitung auf Redaktionskosten verurteilt habe, wird abgelehnt. — Döblin-Weipzig erhebt den Vorwurf, daß ein Stuttgarter Kollege, der sich auf die gleiche Information gebastet habe, — Schlichter weist den Vorwurf zurück. Die Tatsachen hätten schon beim Schlichtungsamt Schemm ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruhe.

Wichter-Berlin, der Berichterstatter der Rechnungs-kommission, beantragt, für die Ausführung des Ausschusses Entlastung zu erteilen. Es wird dementsprechend beschlossen.

Am internationalen Metallarbeiterkongress in Berlin sollen diesmal mehr Delegierte entsandt werden als sonst.

Leben • Willen • Kumpf



Schlichte Herrsch aber kann es niemals zu einer rechten Herrschaft bringen, treuer mit einem Gauen noch mit seinem Leibeiden."

[illegible][illegible][illegible]

der Gedächtnisarbeit, die a. R. U. M. so schön ausnimmt, was er  
Zehe und Doh auf anheimelnde aber launische Redaktionen zurück-  
führt, und nach Victor zeigt jeder Auffassung ein Stück der  
Lage empfängt der Mensch Erkenntnis, der, auch in der Kunst  
mit der Gedächtnisarbeit, was einem geistigen Leben erfüllt haben, und  
Nicht zurückbleiben und in ihm das gleiche Gefühl an noch mehr  
zu zeigen. Abertrifft die Panische Schreibweise nur Teil an der  
Die geistigen Wesen haben darunter keine Vorteile der „Gedächtnis-  
maschine“, wenn gleich sie ihnen auch nicht in ihrer mit inder-  
schicklich erfahren wie den anderen Seiten. Sie können der  
Schönheit einer hohen und modernen Kunst auch in der  
Erkenntnis einer Wissenschaft ein, der sie wohl oder nicht geistig  
in guter Teil Schöpfung bilden zeigen, um nicht inderfernt  
zu werden. Vor der Vergewaltigung dieser Gedächtnis oder normalen  
Nicht mehr als die Dialektik, was im Gedächtnis keine geistige  
Nicht als Solches zu nennen in billigen liegt. Die Gedächtnis-  
arbeit, die Gedächtnis, die „Gedächtnis“ gilt als die höchste  
Lage wie in der Gedächtnis, so auch in der Gedächtnisarbeit.  
Vor der Freude können die Gedächtnisarbeit der, und „nur die  
mit der Gedächtnis gefüllt ist, gelindert“, sagt Victor im Dilemma, der

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

In der nächsten Vorbesitzungsbesprechung zu Nürnberg bei der Verband deutscher Jungierer eine Ausstellung unter dem Namen „Sinnschau“ eröffnet, welche das allgemeine Interesse auf die dem „Lehrer“ geteilte Jungiererei lenken und diese damit fördern will.

In Belgien nahm gestern die 54. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure ihren Anfang, an der auch Graf Zeppelin teilnahm.

Die Unternehmung in der Grotte der Strang-Million  
 mittel ein Telegramm aus Krasnod, das die Vermuthung heftete  
 am 21. Juni keine Aenderung der Tode-Gewissheit erpobte. —  
 Mit einem wohl zügig aufbreitenden Haile wurde in einer be-  
 reiten Grotte der Koboldgängen Hülfskraft in Form beriebt.  
 Die Körper eines Patienten fanden bis mehr als  
 hundertmal Kleinförner, die neuzugeworfenen dem  
 Kranken niemals gab war die geringsten Schmerzen beurlaubt  
 worden. — Später die Strangden des Militärschiffes hatte er zur  
 dem. — Später früher eine als Strangden mitnahm. — Nach  
 des. — Später früher eine als Strangden mitnahm. — Nach

[illegible]

**Webb**

Wie waren sie so stolz auf das Gelingen,  
 ihr innres Dienenberg, wie kaffert schmeißt!  
 Ihr Ruhm bereits schien durch das Licht zu bringen,  
 und mancher sagte noch von Rühmtholen.

Dies nach die freimärktlich bekannte deutsche  
Anleitung des Bürgerthums enthält.  
Der tropische Drogen der Quinquefide,  
die sie so sehr schmeichelnhaft hat gefügt.

Hoff war die Prüfung rühmlich schon beendigt,  
war ein paar Tage noch — dann war's tollbracht.  
Da aber wurde den Examinanden  
durch ihre Redner noch ein Stück gemacht.

Der Prompting rief, und alle, alle kamen auf allen Seiten wiederbekehrt angetreten. Hier zählt die Parteiführer, nennt die Namen die sich wohl wieder auf den Bank setzen.

## Results

**Theater.** **Nepertheater** vom 25. Juni. Opernhaus (Wilhelm). Die Götter von Paris. Große Oper in drei Akten. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neubau). Das Prinzip. Lustspiel in drei Akten. Anfang 7½ Uhr. — Rathenauertheater: Um welche Zeit. Anfang 8 Uhr. — Stadttheater: 2. u. 3. Abtheilung. Anfang 8 Uhr.

Mitteilungen aus dem Bureau der Königl. Hofkammer. Im Opernhaus gibt Mittwochs den 25. Juni noch längere Pause die Oper Die Stumme von Portici von Meyerbeer. In folgender, teilweise neuer Besetzung in Scene: Malinella; Des-

DAVIDSON JOHN settlement; Ainslie, Johnstone & Co. (own settlement).  
 Doherty, William, Clerk; Green, G. H. (Mills), Clerk.  
 Dunbar, John, Clerk; Doherty, John (Mills), Clerk.  
 Galt, Robert, Clerk; Green, John (Mills), Clerk.  
 Galt, Robert, Clerk; Green, John (Mills), Clerk.  
 Galt, Robert, Clerk; Green, John (Mills), Clerk.

**Nacht.** (Zwei große Wohlharmonische Männer.)  
Aufgabe dieser Aufgabe bitten wir die ZuhörerInnen zu sich  
aufmerksam, daß für die nächsten Stunden fünf großen Wohl-  
harmonischen Männer schon fünf Bedingungen auf den Menschen  
für alle Fälle angenommen werden können. Die Darstellung der nach  
erhaltenen Hilfe geschieht später, genau in der Reihenfolge des  
Eingetragenen der Wohlharmonischen-Männer.

[illegible]

**Schöne Köhnen.** Volkstheater. Theater. Ober-  
Wille (Gunguis Trübschlag). Mittwoch den 25. Juni um  
Abend um 7½, ebenfalls 9½ Uhr, werden im Volkstheater  
Gefühlsoberflutungen gegeben. Der Aufführung gelangt  
am Mittwoch den 25. Juni: Robert und Christine der 2.  
Lichten Dagobunden, Wille mit Gunguis von 4. Köhnen, am  
Freitag den 27. Juni: Der Kaufmann von Venedig, Gefühl  
von 2. Köhnen, Gefühlsoberflutungen für den Samstag: Ende  
20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 82

Die Vereinigung für Selbstbildung und Marktpflege veranstaltet Sonntag den 28. März, nachm. 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Meißnertheater die 7. Volksvorstellung

[illegible]

**gegen**

Gruppenleiter: Johann Biedl, Straßm. Toller-  
w. 213. Beste Dienstag, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, Begrüßungs-  
feier bei Wdrsd. Sozialvereine 10.

Veranstaltungen für Mitlinge

Gruppe Mischel. Spätabend bei Baumgärtel. Eingang  
Kürmerstraße. Treffen 8½ Uhr Westplatz.  
Am Donnerstag, nicht Freitag, nächste Sitzung aller  
Verständlichen.

Gruppe Johannstadt. Dienstlicher Abend: Der Krieg, Haß, Begegnung und Agitationen. Aufgeführt von Mitgliedern der Gruppe.

Gruppe Taffenberg-Bauberg. Im Gassenhof Vertrag  
des Gassenhof-Bauers über: Ein Maister des Baus.  
Gruppe 2301a. Im Gassenhof großer Unterhaltung-  
schieß.

Grüner Workshop, 30. September Restaurant Werkstatt  
Kochschule, 1. Oktober Restaurant Markt, 2. Oktober

Gruppe Vaischappel. Im Restaurant Silberquell Kellerer  
Wien.

Gruppe Neustadt-Ost. Im Jagdsheim Sonntag bei Ge-  
nossen Grödig über Willemien.

Gruppe Rößigkenbroda. Im Restaurant Heitnerer Hof

Gruppe Götweig. Im Garschitzbühnen Zolabenh.  
Gruppe Röhlaig. Abwandlung von Weiss der Gruppe

Gruppe Habsberg. Im südlichen Ruder Mitgliederbezeichnung.





Epistern Seiten haben weniger eigene Arbeiten, sondern  
sich nicht als unbest. mit ständl. Frauen im  
angem. Verh. zu haben. Solche wurde und gewohnt  
sich die Gesundheit eine W. der Seele; sie sei den Seeligen  
angelegt. Für Kopf d. ein Heil und Gesundheit. Womöglich  
ein Bogen, und die Empfindung des 18. Jahrhunderts auswand  
und schlug beide Gefühle so, daß sie in diesen Seiten nicht mehr  
aus einander zu unterscheiden waren. Dann endlich erhielt ich  
aus selbsten Kunde der beiden Frauen in Leipzig die Gesund  
heit auf einen neuen freudigen Blick. Er erglänzt und sende  
ich als ein Gefühl und Gefühl, welches derjenigen Zu  
kunft, dem ersten Zeit sein anderes dieser Art gleichmäßig  
die Seite stellen kann. Wie leben im Schicksal, die Töne der  
Gesundheit! In über unsern schönen Geschäften unterzugehen  
mit dieser Selbstbehaltung bedürftig auch Göttern. Womöglich  
eine lehrreiche Buchführung.

E. K.

## Velle der Eroberer

Roman von Martin Zimmermann, 1863

Wollte sich Frau Johanna den Tugenden nach Vorderehrliche  
hinanzubringen und blieb selbst bei dem Allen. Ihre Wege  
waren in den letzten Jahren so wenig zusammengekommen, als  
immer sollten sie sich jetzt trennen und weit auseinander führen.  
Er hatte das Bedürfnis, im Abschied zu verweilen. Während  
er umherging und Feuer anmachte, Eßten aufwuschte, und es  
für Vater Dasse so gut mochte, als es er nur vermochte, lauschte  
er der hingenden Rede des Allen und ließ sich zurückführen in  
die Sorglosigkeit der Kindersjahre. Wie ein tiefes ge-  
müthliches Seligwerden hatte Dasse einmüthig seine  
Kindheit ausgefüllt; und als er hinauszog, wurde sie nur zu  
deutlich dem vernachlässigten Gedenke der Väter über die Verhält-  
nisse des Lebens. Jetzt ward er still den Weg wieder zurück-  
geführt von den Tugenden zu Vater Dasse und sah, eine wie  
große Welt der gemüthliche Kreis getragen hatte. Mit und ab-  
gearbeitet war er immer gewesen, solange Dasse zuhause  
kam. Die Arbeit raubte dem armen Mann schnell die  
Jugend und mochte bald sein Alter lang! Aber gerade dies  
Vinsüßige der Welt ihm die übermenschenähnliche Höhe des Vaters!  
Gott hatte er das Elend getragen, ohne schreitend oder schrei-  
chend oder erregend zu werden; immer das Herz voll von  
Opferfreudigkeit und Barmherzigkeit, hart selbst in seiner Ein-  
samkeit! Wie die Liebe selber hatte er Dasse ganzes Dasein  
mit seinem warmen Herzen umgeben, einsüßlich würde es  
werden, wenn sein gemüthliches Gewerbe nicht länger hinter  
allen Thüren.

Seine stehende Seele streifte über der Hohn, die er zurückgelassen hatte, in größten und größten Krisen, wie die Leiden, wenn sie vorliegen. Jedemal, wenn er ein wenig Kräfte gesammelt hatte, nahm er sein Leben von neuem auf: „Etwas ist da ja doch immer gewesen, wodurch man sich freuen konnte, weißt du, aber dieses ist ja nur ein geistlicher Kampf gewesen. Darnach, als ich es nicht besser konnte, ging es so ganz gut; aber den von Angesicht an, wo du geboren wurdest, lehnte mein alternder Sinn sich gegen die Zustände auf, und ich konnte keinen Frieden mehr finden. An der war etwas wie eine Vorbedeutung, und seither ist das immer in mir herumgewandert; mein Denken ist so trübsal gewesen, wie das des Schmieders von Jerusalem. Es war, als habe irgend etwas mir arnigelt: Lass plötzlich die Verzeihung auf ein schönes Leben gesenden, und die Erinnerung daran führt fort, in mir zu wandern und zu wandern. Ist es wohl die Sehnsucht nach dem Paradies, aus dem sie ein einfaches herausgelöst haben? Doch ich oft. Denn da es mir wohl gläubt, ich arnigelt immer habe prophatische Träume gekannt aus einem schönen und sorglosen Alter, wo mein Sohn mit Frau und Kindern zu mir kommen und mich in meiner traulichen Stube besuchen würden und wo ich sie ein wenig weit bewachen wollte. Ich habe das nicht einmal bis zu diesem Augenblicke. Ich ging immer und schmerzhaft von einem Schlag, den ich auf dem Hüpfen finden wollte. Ach, ich wollte ja so gern, daß ich euch etwas Mittheilung könnte. Ich habe so arnigelt darauf für dich sein können.“

Und das sollst du, der du Völk und Stämme aus mich  
gerufen bist? Willst du meiner ganzen Menschheit Handel zu  
schließen hinter offen: so ist mir auch etwas möglich. Doch  
ich immer: Vater Erde wird das Schicksal der Erbsen bringen!  
Und alle ich dann herantreiben, merke ich bei allem, was ich  
auch aufnehme, daß du mir helfen willst. Es wird sonst nicht  
nur möglich mit der ganzen Erde zusammen, wenn du mir  
nicht so eine große Erde gegeben hättest!

„Nein, sagst du das?“ rief Rette stolz aus. „Sollte ich

„Inwiefern stielst Du mir von dem dabei, was ich für die Sache des armen Mannes getan habe? Ja, ja, ich hätte doch so sich auf alle Fälle ein Recht, aber du bist meine Neben gewessen, Junge, und ein schwacher armer Mann, wie ich war, mußte ich mich wohl über meine Kräfte in die runden! Was ich kann zu denken gelangt habe, soll du auch wohl ausgeführt! Und nun liege ich da hier und habe nicht einmal fahel, daß ich dafür stehen kann. Du mußt mir versprechen, daß du meinetwegen nichts auf dich nimmst, was über deine Kräfte geht, sondern die Sache der Armen überläßt. Woher habe ich mich davon frei gehalten, aber das war nur ein dummer Stolz. Der arme Mann und die Armenpflege gehören nun doch einmal zusammen. Ich habe in der letzten Zeit gelernt, vieles anders anzusehen; und es ist gut, daß ich werde. Wenn mir diese Gedanken in der Nacht meiner Jugend gekommen wären, so hätte ich vielleicht irgend etwas Dornes gerührt. Ich hätte nicht diese befremde Klugheit besessen, über in einem Hofenoffen herumzustehen.“

Am Morgen des dritten Tages war Raffe verämbert; es war ihm nicht zu erklären, wozin die Veränderung bestimme. Raffe sah am Bett und las in der neuesten Nummer des „Arbeiter“, als er bemerkte, daß Raffe dabei und ihn ansah. „Ist da was Neues?“ fragte er (stöhnend).

„Die Verhandlungen arben ihren Gang,“ sagte Belle, „aber es ist ja schwer, eine Grundlage zu legen. Es ist mehrmals nahe daran gewesen, daß alles in die Brüche ginge.“

„Es nicht! Ich bin damit in die Länge.“ sagte Voffe mühselig, „und heute strebe ich, Velle! Da ist ja was! Aufsehe! Ich mir, obgleich ich mich noch gern ein wenig zur Ruhe ergehen möchte. Es ist doch sonderbar mit diesem Menschen in einem, um etwas anders zu erreichen, als was man hat. Als kleiner Junge pflegte ich in Tomarellia um ein Häuflein, sich demüthigend; ich lief wie ein Diebchen und glaubte, denn ich war natürlich gut, dachte ich mir selbst, und die besten Leute. Jetzt habe ich es erreicht, denn man ist da fortwährend etwas bei mir, so daß ich nicht fortwährend kommen kann; und das ist der alte Voffe, der bereit ist den Weg. Ich meine immer, ich möchte ihn einholen; aber ich kann meine tiefen Anschauungen von der Welt auch nicht wieder finden, so verändert sind die geworden. In dem Abend, als die großen Vrenen die Auslieferung drückten, fand ich keinen, der mich in diesen alten armen Vrenen und fandte. Sie kamen im Bescheid mit Zutrau und Schwärmer, und da haben sich seine Anstalten verlohren! Es geht doch wunderbar zu hier auf der Welt. Da unten in Spätheller lag ein Bauer, der an den schönsten Bäumen der Stadt geübt hatte und nicht einmal ein Dach über seinem Haupte hatte.“

Ein scharfer Zug, wie er ihn nie gehabt hatte, war um ihren Mund zum Vorschein gekommen. Er ward ihm jedoch sprechen, aber er konnte es nicht lassen. „Darauf du dich ein einbüßt, gleich niemals den Heillichen.“ Und er fuhr, als ein heftig durchgerannt hatte. „Das ist mein Schicksal darinnen: Ich bin zu spät an, selbst über die Seelen nachzufragen. Wir müssen nicht warten, fragen sie, denn das Ganze nachsichert, wird aneinander emporgeschoben, aus kleinen Gefahren und bald nach Gottes Willen zusammen. Da ich mich ja aus meinem Ungelegenheit schließlich befreite für seine Reue werden, und mich Gott, ich glaube, das möglich! Die Seelen ja damit anfangen, Unt an dem und ja fragen, aber sich um auch mal, wie sie bei der Erde springen! Ah, ja, wie wird sich das Reue gestalten? Ist nicht zu dem?“

„Du bist gut für uns alle werden, Vater!“ antwortete  
er mit Stimmer in der Stimme. „Aber traurig wird es  
mich werden, weil du keinen Teil mehr daran hast. Eine  
deine Nubchätz sollst du aber haben, und ich will dir einen  
Stein aus Veenholmer Granit setzen, mit einer schönen  
Inchrift.“

„Auf den Stein mußt du setzen: Heut arbeiten, morgen  
n!“ erwiderte Polle hinter

Den ganzen Tag lag er in einem Halbschlummer da, er in der Abendstimmung erhob er den Kopf. „Sind das Engel, die ich sagen höre?“ fragte er flüsternd. Der Lärm um ihn war von dannen geschwunden.

Hier, das sind die kleinen Kinder der Fabrikarbeiterin. Gellert leinnet sie ihm bald nach Hause und gehen ihrem Vorf: dann hieß das auf." Raffe seufzte:

„Das wird dann Nahrung sein, wenn sie den ganzen Tag auf Arbeit gehen müssen. Sie sagen, daß die großen Städte so groß und finstern werden die Straßen so dunkel und die Luft so heiß, als ob sie den kleinen Kindern die Glieder zerbrechen und sie in kostbaren Spiritus versetzen.“

Er lag da wie schliefend. Velle wachte den Stuhl vor  
an seinen Mund hinabdrücken: „Hand in Hand sind wir dahin-  
gewandert, Junge, und doch sind wir jeder seinen Weg ge-  
gangen. Du glühst mit der Jugend, und Vasse — —. Aber  
Freude hast du mir doch gebracht.“

Dann rief sich die lebendige Flamme, die immer gleich hoch und ruhig für ihn gebrannt hatte, unter allen den Wechselfällen. Es war, als kende eine Vorlesung ihre Gedanken von ihm ab; das Denken drach zusammen und berast in den Massen, und es lag allein auf einem Holzstahl da. Sie pflanzt sich er fruglos bei der Reiche und Herrte mit leeren Augen in das Unfassliche hinaus, während die Gedanken sorgsam dem Tode von all dem aufklärten, was er gesehen war. Er schloß sich nicht, sondern sah selbst da wie ein Toter, die neuen Gedanken am Morgen kam, um sich zu erfinden, wie es geht.

Da erwiderte er und ging hinaus, um das Nothwendige zu besorgen.

Amfichau

**Grundsatzpflge**

[illegible]

**Naturkunde**

[illegible]

Die Frauen sind, daß er überhaupt am Leben bleiben kann, hat auch die Blüthenorgane in seinen Innern immer feucht? — Aber auch, wenn, daß er in ein ständlich immer mehr größerer der Zeit nicht macht. Im Gegenteil aber läßt sich die meisten nicht, wie am Leben der Aufmerksamkeit in einem kleinen Teil, ganz zu eine Temperatur von 70 Grad und nicht mehr nötig, sondern, durch eine sehr Belichtung, großen weiteren empfinden sich. Am Ende liegen bei 43 Grad, wie die Erfahrung bringen hat, noch eine sehr wichtige Fragestellung. Der Körper ist dann nicht mehr und die Abkühlung annehmen, die ihm die Berührung der Schwere verleiht, und dadurch auf alle überflüssige Hitze bestrahlt werden. Das ist die Ursache der Fieber, daß die Abkühlung nicht bei 1-1 1/2 Graden nach einem kleinen Teil zu eine